

## **N i e d e r s c h r i f t**

**der 32. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates am  
25.04.2012**

***öffentlich***

---

**Ort:** Stadthaus, Festsaal,  
Marktplatz 2,  
06100 Halle (Saale),

**Zeit:** 14:02 Uhr bis 19:06 Uhr

**Anwesenheit:** siehe Teilnehmerverzeichnis

### Anwesend sind:

Frau Oberbürgermeisterin Dagmar Szabados		
Herr Harald Bartl	Stadtratsvorsitzender	
Herr Martin Bauersfeld	CDU	
Frau Dr. Annegret Bergner	CDU	
Herr Bernhard Bönisch	CDU	
Herr Jürgen Busse	CDU	
Herr Lothar Dieringer	parteilos	Teilnahme ab 15:02 Uhr
Herr Roland Hildebrandt	CDU	
Herr Werner Misch	CDU	
Herr Raik Müller	CDU	
Herr Frank Sängler	CDU	
Herr Andreas Schachtschneider	CDU	Teilnahme ab 14:12 Uhr
Herr Andreas Scholtyssek	CDU	
Herr Michael Sprung	CDU	
Frau Dr. Ulrike Wünscher	CDU	
Herr Dr. Erwin Bartsch	parteilos	
Frau Ute Haupt	DIE LINKE.	
Herr Swen Knöchel	DIE LINKE.	
Herr Dr. Uwe-Volkmar Köck	DIE LINKE.	
Herr Hendrik Lange	DIE LINKE.	Teilnahme ab 14:04 Uhr
Frau Birgit Leibrich	parteilos	
Herr Dr. Bodo Meerheim	DIE LINKE.	
Frau Elisabeth Nagel	DIE LINKE.	
Herr Rudenz Schramm	parteilos	Teilnahme ab 14:28 Uhr
Herr Olaf Sieber	DIE LINKE.	
Frau Dr. Petra Sitte	DIE LINKE.	Teilnahme von 14:20 bis 17:32 Uhr
Herr René Trömel	DIE LINKE.	
Herr Dr. Mohamed Yousif	DIE LINKE.	Teilnahme bis 19:23 Uhr
Herr Robert Bonan	parteilos	Teilnahme bis 17:06 Uhr
Herr Dr. Karamba Diaby	SPD	
Frau Gertrud Ewert	SPD	
Herr Thomas Felke	SPD	
Frau Hanna Haupt	SPD	
Frau Katharina Hintz	SPD	
Herr Klaus Hopfgarten	SPD	
Herr Gottfried Koehn	SPD	
Herr Johannes Krause	SPD	
Herr Dr. med. Detlef Wend	SPD	Teilnahme ab 14:07 Uhr
Herr Andreas Hajek	parteilos	
Herr Gerry Kley	FDP	
Herr Manfred Schuster	DIE GRAUEN/Volkssolidarität	Teilnahme ab 14:12 Uhr
Frau Martina Wildgrube	FDP	
Herr Dr. Hans-Dieter Wöllenweber	FDP	Teilnahme ab 14:08 Uhr
Herr Denis Häder	MitBÜRGER für Halle	Teilnahme ab 14:08 Uhr
Herr Manfred Sommer	MitBÜRGER für Halle	
Herr Dietrich Strech	MitBÜRGER für Halle	
Frau Sabine Wolff	NEUES FORUM	Teilnahme ab 14:20 Uhr
Herr Tom Wolter	MitBÜRGER für Halle	
Frau Dr. Inés Brock	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Herr Christoph Menn	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	

Herr Oliver Paulsen	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Teilnahme ab 14:20 Uhr
Herr Dietmar Weihrich	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Herr Gerhard Pitsch	NPD	
Herr Egbert Geier	Bürgermeister	
Herr Uwe Stäglin	Beigeordneter	
Herr Dr. Bernd Wiegand	Beigeordneter	
Herr Tobias Kogge	Beigeordneter	
Herr Wolfram Neumann	Beigeordneter	

**Entschuldigt fehlen:**

Herr Uwe Heft	parteilos
Herr Dr. Rüdiger Fikentscher	SPD
Frau Katja Raab	FDP
Frau Elisabeth Krausbeck	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

## zu **Einwohnerfragestunde**

---

**Herr Maik Standtke** äußerte sich zur Förderung der Parkeisenbahn Peißnitzexpress durch die GP Günter Papenburg AG mit folgenden Fragen:

Wie hoch ist die Fördersumme?

Welche weiteren vertraglichen Regelungen wurden vereinbart?

Ist eine Förderung ausschließlich für das Jahr 2012 oder auch für die Folgejahre vorgesehen?

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** bat um Verständnis, dass sie ohne Zustimmung des Sponsors nicht über Details und die Höhe der Fördersumme informieren werde. Dazu sollten sich die Sponsoren selbst äußern.

Zudem machte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** darauf aufmerksam, dass die Verhandlungen zwischen Stadtverwaltung, HAVAG und der GP Günter Papenburg AG noch nicht abgeschlossen seien.

**Herr Standtke** fragte, ob die Verhandlungsgespräche bis zum 30. April 2012 abgeschlossen seien, um den Fahrbetrieb ab dem 1. Mai 2012 sichern zu können.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** antwortete, dass sie keine Aussage darüber treffen könne, wann die Vertragsverhandlungen endgültig abgeschlossen seien. Die Gespräche verlaufen allerdings äußerst positiv, so dass für alle Beteiligten ein gutes Ergebnis erzielt werden könne.

---

**Frau Sabine Blocher** übergab als Vertreterin des „Bündnis gegen die Schließung von Stadtteilbibliotheken in Halle“ der Oberbürgermeisterin 2.100 Unterschriften gegen die Schließung der Stadtteilbibliotheken. Im Zuge dessen fragte sie nach dem Standpunkt der Verwaltung hinsichtlich der Stadtteilbibliotheken und den geplanten möglichen Schließungen dieser.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** nahm die Unterschriftenliste entgegen und merkte an, dass sie sich zu möglichen Schließungen nicht äußern werde und verwies in dem Zusammenhang auf die heutigen Haushaltsberatungen.

Gleichzeitig brachte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** zum Ausdruck, dass die Stadt gehalten sei, Bibliotheken zu unterhalten. Ihrer Meinung nach wären Bibliotheken, auch wenn es nur sogenannte freiwillige Leistungen seien, unverzichtbar. Dies müsse aber so effektiv wie möglich erfolgen.

---

**Herr Henryk Löhr** äußerte sich als Vertreter des Arbeitskreises Innenstadt e. V. zum vorgesehenen Abriss des Gebäudes in der Brüderstraße 5 mit folgenden Fragen:

Welche Anstrengungen hat die Stadtverwaltung in den vergangenen Jahren für den Erhalt dieses Gebäudes unternommen?

Wie positioniert sich die Stadtverwaltung zu den Abrissbestrebungen des Eigentümers für dieses Baudenkmal?

Darüber hinaus wies **Herr Löhr** auf die stadtgeschichtliche Bedeutung des Gebäudes hin, u. a. auch für die Universität. Dieses wäre das Wohnhaus Krukenbergs mit Sitz seiner ambulativen Klinik sowie der Familie Meckel mit dem ersten Sitz der Meckelschen Sammlung gewesen.

Weiterhin brachte **Herr Löhr** zum Ausdruck, dass der Eigentümer das Gebäude seit dem Jahr 2004 besitze und dieser seitdem nichts für den Erhalt und die Sicherung dessen getan habe.

Ihm sei bewusst, dass Stadtrat und Stadtverwaltung einen Abriss nicht verhindern und die Klage nicht beeinflussen können. Dennoch halte er eine Interessensbekundung des Stadtrates für den Erhalt des Gebäudes ähnlich wie zur Brüderstraße 7 für ein positives Signal.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** erklärte, dass der Umgang mit Baudenkmalen in privatem Besitz eine schwierige Gratwanderung sei. Man könne Eigentümer, welche durch Rückübertragung marode Gebäude erhalten haben, nicht auferlegen, sich bis in die nächsten Generationen privat zu verschulden.

Gleichzeitig machte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** deutlich, dass sich die Verwaltung und der Stadtrat zu den Baudenkmalen in der Brüderstraße eindeutig positioniert haben und diese Gebäude erhalten wollen. Dazu haben bereits entsprechende Gespräche mit dem Eigentümer stattgefunden.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** schlug vor, einen Gesprächstermin mit dem zuständigen Beigeordneten, Herrn Stäglin, zu vereinbaren, um Herrn Löhr zur Unterstützung des Arbeitskreises Innenstadt den aktuellen Sachstand darstellen zu können.

**Herr Löhr** nahm das Angebot zu einem Gesprächstermin an und bedankte sich für die deutliche Positionierung der Stadtverwaltung.

---

**Herr Christian Randel** äußerte sich zum TOP 7.1

Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Stadtteilentwicklung Freimfelde  
Vorlage: V/2012/10603

mit folgender Frage:

Wird die zu institutionalisierende Arbeitsgruppe für das Stadtviertel Freimfelde sowie die anderen verschiedenen Stadtteile durch solche Arbeitsgruppen in das integrierte Stadtentwicklungskonzept der Stadt Halle einbezogen?

**Herr Stäglin, Beigeordneter für Planen und Bauen**, antwortete, dass die Oberbürgermeisterin zum Antrag der CDU-Fraktion einen Änderungsantrag eingebracht habe mit dem Vorschlag, anstatt der Bildung einer Arbeitsgruppe eine Bürgerversammlung im Stadtteil durchzuführen. Hintergrund sei, dass es nicht leistbar wäre, für alle Stadtteile der Stadt Halle solche Arbeitsstrukturen zu schaffen; hier seien auch die Akteure vor Ort gefragt. Die Ergebnisse der Bürgerversammlung werden dann in das integrierte Stadtentwicklungskonzept einbezogen.

**Herr Hendryk von Busse** äußerte sich als Vertreter des Projektes „Freiraumgalerie Freimfelde“ ebenfalls zum TOP 7.1

Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Stadtteilentwicklung Freimfelde  
Vorlage: V/2012/10603

mit folgender Frage:

Ist eine Einbeziehung des Projektes „Freiraumgalerie Freimfelde“ in die Arbeitsgruppe entsprechend des Antrages der CDU-Fraktion vorgesehen?

Zudem merkte **Herr von Busse** an, dass er die Arbeitsgruppe generell unterstütze und eine Einbeziehung des Projektes Freiraumgalerie für wichtig erachte. Seiner Auffassung nach richte sich die Arbeitsgruppe gegen das Projekt mit falschen Begründungen.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** verwies auf ihren Änderungsantrag zum Antrag der CDU-Fraktion. Damit sollen in der Bürgerversammlung sowohl die Bürger als auch alle weiteren Akteure im Stadtteil Gelegenheit haben, ihre Vorstellungen zur künftigen Stadtteilentwicklung zu diskutieren. Im Ergebnis dessen werde darüber nachgedacht, inwieweit diese in das zukünftige Stadtentwicklungskonzept einbezogen werden könne.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen von Einwohnern. **Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, beendete die Einwohnerfragestunde.

## zu 1 **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

---

Die 32. öffentliche Sitzung des Stadtrates wurde eröffnet und geleitet vom **Vorsitzenden des Stadtrates, Herrn Harald Bartl**.

Er stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Gegenwärtig seien 47 Mitglieder des Stadtrates (82,46 %) anwesend.

## zu 2 **Feststellung der Tagesordnung**

---

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, bat darum, folgenden Tagesordnungspunkt von der Tagesordnung abzusetzen:

TOP 8.11      Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu den Verkehrswirkungen der Planungen der HWG im Paulusviertel  
Vorlage: V/2012/10379  
*Berichterstattung erfolgt im Ausschuss für Planungsangelegenheiten*

---

Darüber hinaus informierte **Herr Bartl**, dass eine Dringlichkeitsvorlage vorliege:

Vorbereitung und Durchführung der Wahl der Oberbürgermeisterin/des Oberbürgermeisters  
Vorlage: V/2012/10657

Es gab keine Wortmeldungen zur Dringlichkeitsvorlage.

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung der Dringlichkeitsvorlage zur Aufnahme auf die Tagesordnung.

**Abstimmungsergebnis zur Aufnahme auf die TO:** mit mehr als 2/3-Mehrheit  
**Vorlage: V/2012/10657** mehrheitlich zugestimmt  
Die Vorlage wird unter TOP 5.10 behandelt.

**Herr Bartl** merkte an, dass die Dringlichkeitsvorlage vorgezogen und vor dem TOP 5.1 beraten werde.

Es gab keine Widersprüche seitens der Stadtratsmitglieder.

---

Zudem liegen zwei Dringlichkeitsanträge vor:

Dringlichkeitsantrag der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Besetzung des Beirates des Jobcenters Halle (Saale)  
Vorlage: V/2012/10664

Es gab keine Wortmeldungen zum Dringlichkeitsantrag.

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung des Dringlichkeitsantrages zur Aufnahme auf die Tagesordnung.

**Abstimmungsergebnis zur Aufnahme auf die TO:** mit mehr als 2/3-Mehrheit  
**Vorlage: V/2012/10664** mehrheitlich zugestimmt  
Der Antrag wird unter TOP 7.14 behandelt.

---

Dringlichkeitsantrag der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Umbesetzung im Betriebsausschuss Eigenbetrieb für Arbeitsförderung  
Vorlage: V/2012/10666

Es gab keine Wortmeldungen zum Dringlichkeitsantrag.

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung des Dringlichkeitsantrages zur Aufnahme auf die Tagesordnung.

**Abstimmungsergebnis zur Aufnahme auf die TO:** mit mehr als 2/3-Mehrheit  
**Vorlage: V/2012/10666** mehrheitlich zugestimmt  
Der Antrag wird unter TOP 7.15 behandelt.

---

Weiterhin liegen folgende Änderungen und Ergänzungen vor:

- zu 5.2            Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2012 sowie  
                    Beteiligungsbericht über das Jahr 2010  
                    Vorlage: V/2011/10306

Es liegt eine geänderte Vorlage vor. Die bisher vorliegenden Änderungsanträge wurden durch Empfehlung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften übernommen.

Zudem liegen folgende neu eingebrachte Änderungsanträge vor:

- 5.2.11            Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage „Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2012 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2010“ (Vorlagen-Nummer: V/2011/10306) – hier Investitionsprogramm Maßnahme 7.660069 – „Bootsanleger MMZ“  
                    Vorlage: V/2012/10659
- 5.2.12            Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2012 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2010 (Vorlagen-Nummer: V/2011/10306) – hier Produkt 1.24301 – "sonstige schulische Aufgaben"  
                    Vorlage: V/2012/10662
- 5.2.13            Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Beschlussvorlage Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2012 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2010 ( V/2011/10306) Produkt 1.12209 Einwohnerangelegenheiten  
                    Vorlage: V/2012/10665

- 
- zu 5.6            Erweiterung des Fördergebietes zur Gebäudesicherung "Am Steintor/Medizinerviertel" sowie Verlängerung des Förderzeitraumes für die räumlichen Schwerpunkte für die Gewährung von Sicherungsmitteln  
                    Vorlage: V/2012/10399

Hierzu liegt ein Änderungsantrag vor:

- 5.6.1            Änderungsantrag des sachkundigen Einwohners im Ausschuss für Planungsangelegenheiten Christian Feigl und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage „Erweiterung des Fördergebietes zur Gebäudesicherung "Am Steintor/Medizinerviertel" sowie Verlängerung des Förderzeitraumes für die räumlichen Schwerpunkte für die Gewährung von Sicherungsmitteln" (Vorlage-Nr.: V/2012/10399)  
                    Vorlage: V/2012/10642

- 
- zu 5.7            Ergänzung des Baubeschlusses: Ausbau der Mansfelder Straße und des Hallorenringes zwischen Hackebornstraße und Schieferbrücke/ Komplexmaßnahme Stadt Halle (Saale)/ HAVAG  
                    Vorlage: V/2012/10416

Hierzu liegt eine geänderte Vorlage vor.

Zudem liegt ein Änderungsantrag vor:

- 5.7.1 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Vorlage Ergänzung des Baubeschlusses: Ausbau der Mansfelder Straße und des Hallorenringes zwischen Hackebornstraße und Schieferbrücke/Komplexmaßnahme Stadt Halle (Saale)/HAVAG - Beschluss Nr.: V/2009/08307 vom 25.11.2009  
Vorlage: V/2012/10661
- 

- zu 5.8 Ausbau/Umgestaltung Torstraße - Gestaltungsbeschluss  
Vorlage: V/2011/10263

Hierzu liegt ein Änderungsantrag vor:

- 5.8.1 Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Vorlage Ausbau/Umgestaltung Torstraße - Gestaltungsbeschluss  
Vorlage: V/2012/10668
- 

- zu 7.1 Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Stadtteilentwicklung Freimfelde  
Vorlage: V/2012/10603

Hierzu liegt ein Änderungsantrag vor:

- 7.1.1 Änderungsantrag der Oberbürgermeisterin zum Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Stadtteilentwicklung Freimfelde (Vorlage: V/2012/10603)  
Vorlage: V/2012/10647
- 

- zu 7.2 Antrag des Stadtrates Martin Bauersfeld (CDU) zum Verkauf von Liegenschaften  
Vorlage: V/2012/10601

Die Stellungnahme der Verwaltung wurde zur heutigen Sitzung verteilt.

---

- zu 8.6 Anfragen der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zu Erfahrungen und Erkenntnissen bei der Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes  
Vorlage: V/2012/10597

Die Antwort der Verwaltung wurde zur heutigen Sitzung verteilt.

---

**Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE.,** bezog sich auf den TOP 5.2

Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2012 sowie  
Beteiligungsbericht über das Jahr 2010  
Vorlage: V/2011/10306

und wies darauf hin, dass die in der Einladung aufgeführten Änderungsanträge abgesetzt werden müssen, da diese entsprechend der Diskussionen im Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften durch die Verwaltung übernommen wurden.



- 5.1 Entlastung der Mitglieder des Verwaltungsrates der BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale) für das Wirtschaftsjahr 2011  
Vorlage: V/2012/10508
- 5.2 Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2012 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2010  
Vorlage: V/2011/10306
- 5.2.1 *Umsetzung der Vorschläge zur Mittelreduzierung / Haushaltskonsolidierung in der Stadtbibliothek - Teil 11*  
Vorlage: V/2012/10425 abgesetzt
- 5.2.1.1 *Änderungsantrag der Stadträte Harald Bartl, Dr. Annegret Bergner und Dr. Ulrike Wünschler (alle CDU) zur BV V/2012/10425 Umsetzung der Vorschläge zur Mittelreduzierung / HHK in der Stadtbibliothek - Teil 11*  
Vorlage: V/2012/10554 abgesetzt
- 5.2.2 *Umsetzung der Vorschläge zur Mittelreduzierung Teil 13*  
Vorlage: V/2012/10415 abgesetzt
- 5.2.2.1 *Änderungsantrag der CDU-Fraktion zur Beschlussvorlage "Umsetzung der Vorschläge zur Mittelreduzierung Teil 13" (Raumflugplanetarium), V/2012/10415*  
Vorlage: V/2012/10512 abgesetzt
- 5.2.3 *Änderungsantrag von CDU- und SPD-Stadträten des Kulturausschusses zur BV V/2011/10306, Unterabschnitt 4.422 Stadtbibliothek*  
Vorlage: V/2012/10553 abgesetzt
- 5.2.4 *Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Vorlage "Einbringung doppischer Haushalt" (Vorlage Nr. V/2011/10306)*  
Vorlage: V/2012/10594 abgesetzt
- Die Änderungsanträge 5.2.5 bis 5.2.10 wurden durch Empfehlung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften in die Vorlage der Verwaltung übernommen. Diese sind somit gegenstandslos und werden nicht auf die Tagesordnung gesetzt.*
- 5.2.11 *Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage „Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2012 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2010“ (Vorlagen-Nummer. V/2011/10306) – hier Investitionsprogramm Maßnahme 7.660069 – „Bootsanleger MMZ“*  
Vorlage: V/2012/10659
- 5.2.12 *Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2012 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2010 (Vorlagen-Nummer: V/2011/10306) – hier Produkt 1.24301 – "sonstige schulische Aufgaben"*  
Vorlage: V/2012/10662
- 5.2.13 *Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Beschlussvorlage Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2012 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2010 ( V/2011/10306) Produkt 1.12209 Einwohnerangelegenheiten*  
Vorlage: V/2012/10665

- 5.3 Bebauungsplan Nr. 75.1 "Dessauer Platz, SB-Warenhaus" - Beschluss zur Änderung des Geltungsbereiches  
Vorlage: V/2011/10114
- 5.4 Bebauungsplan Nr. 75.1 "Dessauer Platz, SB-Warenhaus" -Beschluss zur öffentlichen Auslegung  
Vorlage: V/2011/10115
- 5.5 Erweiterung des Fördergebietes Stadtumbau Ost "Nördliche Innenstadt"  
Vorlage: V/2012/10391
- 5.6 Erweiterung des Fördergebietes zur Gebäudesicherung "Am Steintor/Medizinerviertel" sowie Verlängerung des Förderzeitraumes für die räumlichen Schwerpunkte für die Gewährung von Sicherungsmitteln  
Vorlage: V/2012/10399
- 5.6.1 Änderungsantrag des sachkundigen Einwohners im Ausschuss für Planungsangelegenheiten Christian Feigl und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage „Erweiterung des Fördergebietes zur Gebäudesicherung "Am Steintor/Medizinerviertel" sowie Verlängerung des Förderzeitraumes für die räumlichen Schwerpunkte für die Gewährung von Sicherungsmitteln" (Vorlage-Nr.: V/2012/10399)  
Vorlage: V/2012/10642
- 5.7 Ergänzung des Baubeschlusses: Ausbau der Mansfelder Straße und des Hallorenringes zwischen Hackebornstraße und Schieferbrücke/ Komplexmaßnahme Stadt Halle (Saale)/ HAVAG  
Vorlage: V/2012/10416
- 5.7.1 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Vorlage Ergänzung des Baubeschlusses: Ausbau der Mansfelder Straße und des Hallorenringes zwischen Hackebornstraße und Schieferbrücke/Komplexmaßnahme Stadt Halle (Saale)/HAVAG - Beschluss Nr.: V/2009/08307 vom 25.11.2009  
Vorlage: V/2012/10661
- 5.8 Ausbau/Umgestaltung Torstraße - Gestaltungsbeschluss  
Vorlage: V/2011/10263
- 5.8.1 Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Vorlage Ausbau/Umgestaltung Torstraße - Gestaltungsbeschluss  
Vorlage: V/2012/10668
- 5.9 Vergabe des neuen Straßennamens Heidelbeerweg  
Vorlage: V/2012/10542
- 6. Wiedervorlage
- 6.1 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Erstellung eines Gutachtens zum aufgabenbezogenen Finanzbedarf der Kommunen in Sachsen-Anhalt  
Vorlage: V/2011/10078
- 7. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 7.1 Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Stadtteilentwicklung Freimfelde  
Vorlage: V/2012/10603

- 7.1.1 Änderungsantrag der Oberbürgermeisterin zum Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Stadtteilentwicklung Freiimfelde (Vorlage: V/2012/10603)  
Vorlage: V/2012/10647
- 7.2 Antrag des Stadtrates Martin Bauersfeld (CDU) zum Verkauf von Liegenschaften  
Vorlage: V/2012/10601
- 7.3 Antrag der CDU-Fraktion auf Änderung/Ergänzung der Gefahrenabwehrverordnung der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: V/2012/10600
- 7.4 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Prüfung eines geeigneten Geländes für Freiluft-Tanzveranstaltungen  
Vorlage: V/2012/10596
- 7.5 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion zum Salzfest und zu den Handels Open  
Vorlage: V/2012/10586
- 7.6 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion zur Verbesserung der Wegebeziehung zwischen Marthaviertel und Innenstadt  
Vorlage: V/2012/10585
- 7.7 Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE. und MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Verwendung von Erlösen aus einem Grundstücksverkauf für investive Maßnahmen an Schulen  
Vorlage: V/2012/10476
- 7.8 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Zukunft des Thalia Theaters Halle  
Vorlage: V/2012/10612
- 7.9 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Prüfung der Aufwertung der Saaleufer  
Vorlage: V/2012/10617
- 7.10 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Schulentwicklungsplanung für das Schuljahr 2012/2013  
Vorlage: V/2012/10613
- 7.11 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Sanierung von Schulen und Kindertageseinrichtungen über das Förderprogramm STARK III  
Vorlage: V/2012/10614
- 7.12 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Öffentlichkeitsarbeit für Leistungen des Bildungspaketes  
Vorlage: V/2012/10616
- 7.13 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Nutzung von Freizeitsachen  
Vorlage: V/2012/10615
- 7.14 Dringlichkeitsantrag der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Besetzung des Beirates des Jobcenters Halle (Saale)  
Vorlage: V/2012/10664

- 7.15 Dringlichkeitsantrag der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Umbesetzung im Betriebsausschuss Eigenbetrieb für Arbeitsförderung  
Vorlage: V/2012/10666
8. schriftliche Anfragen von Stadträten
- 8.1 Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU) zur Kontrolle von Festsetzungen in Bebauungsplänen  
Vorlage: V/2012/10592
- 8.2 Anfrage des Stadtrates Martin Bauersfeld (CDU) zur Verkehrssituation am Franckeplatz  
Vorlage: V/2012/10604
- 8.3 Anfrage der CDU-Fraktion zum Durchgangsverkehr in Ammendorf  
Vorlage: V/2012/10370
- 8.4 Anfrage der CDU-Stadtratsfraktion zur Grundschule Diemitz/Freiimfelde  
Vorlage: V/2012/10605
- 8.5 Anfrage des Stadtrates Dr. Mohamed Yousif (Fraktion DIE LINKE.) zu Migranten/innen in der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: V/2012/10520
- 8.6 Anfragen der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zu Erfahrungen und Erkenntnissen bei der Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes  
Vorlage: V/2012/10597
- 8.7 Anfrage der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zum vernetzten Arbeitsbereich Energiemanagement  
Vorlage: V/2012/10599
- 8.8 Anfrage der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zu Wohnungsverkäufen der bundeseigenen ostdeutschen Immobiliengesellschaft TLG  
Vorlage: V/2012/10598
- 8.9 Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion zum Baumbestand sowie zur Bilanz von Baumfällungen und Baumpflanzungen im Stadtgebiet  
Vorlage: V/2012/10595
- 8.10 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur barrierefreien Gestaltung des öffentlichen Raumes  
Vorlage: V/2012/10611
- 8.11 *Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu den Verkehrswirkungen der Planungen der HWG im Paulusviertel*  
Vorlage: V/2012/10379 *abgesetzt*
- 8.12 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Radwegen an Landesstraßen und Bundesstraßen im Stadtgebiet der Stadt Halle  
Vorlage: V/2012/10606
- 8.13 Anfrage des Stadtrats Oliver Paulsen (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zu elektronisch verstärkter Musik in der Innenstadt  
Vorlage: V/2012/10607

- 8.14 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Zustand des halleschen Wasserleitungsnetzes  
Vorlage: V/2012/10531
- 8.15 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu mehrsprachigen Informationsangeboten der Stadtverwaltung  
Vorlage: V/2012/10525
- 8.16 Anfrage der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zum Einsatz von Open Source Software in der Stadtverwaltung Halle (Saale)  
Vorlage: V/2012/10608
- 8.17 Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zu den Auswirkungen der Entwicklung des Logistikzentrums Großkugel auf die Hafen Halle GmbH  
Vorlage: V/2012/10610
- 9. Mitteilungen
- 10. mündliche Anfragen von Stadträten
- 11. Anregungen
- 12. Anträge auf Akteneinsicht

### **zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 28.03.2012**

---

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, gab bekannt, dass die Niederschrift vom 28.03.2012 in der Stadtratssitzung im Mai zur Genehmigung vorgelegt werde.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

**Abstimmungsergebnis:** **vertagt**

### **zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung vom 28.03.2012 gefassten Beschlüsse**

---

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, verlas die in nicht öffentlicher Sitzung am 28.03.2012 gefassten Beschlüsse:

**3.1. Dienstaufsichtsbeschwerde gegen die Oberbürgermeisterin  
Vorlage: V/2012/10392**

**Beschluss:**

Die Dienstaufsichtsbeschwerde der Bürgerinitiative HAUPTERSCHLIEßUNGSSTRAßE  
4. Bauabschnitt vom 26.07.2011 sowie vom 15.08.2011 wird zurückgewiesen.

---

**3.2. Umsetzung der Schulsozialarbeit im Rahmen von Bildung und Teilhabe in der Stadt  
Halle (Saale) - Förderung von Angeboten Schulsozialarbeit der Träger der freien  
Jugendhilfe bis 2013  
Vorlage: V/2012/10420**

**Beschluss:**

1. Der Stadtrat beschließt die Förderung der Angebote der Träger der freien Jugendhilfe im Bereich Schulsozialarbeit über Bildung und Teilhabe (Anlage I und Anlage II).
  2. Der Stadtrat ermächtigt den Jugendhilfeausschuss, über weitere mögliche Projekte Schulsozialarbeit über Bildung und Teilhabe bis maximal 60.000 € pro finanzierbarer Vollzeitstelle (inklusive Sachkosten) zu beschließen.
- 

**3.3. Vergabe der Bau- und Bewirtschaftungsleistung für das Lebenszyklusprojekt der  
Integrierten Gesamtschule Halle, Sekundarschule "Johann Christian Reil" und  
Grundschule Am Heiderand im Rahmen der EU-Schulbauförderung EFRE 2007-  
2013  
Vorlage: V/2012/10485**

**Beschluss:**

Der Stadtrat ermächtigt die Oberbürgermeisterin den Zuschlag für das Projekt „Sanierung der Integrierten Gesamtschule Halle, der Sekundarschule „Johann Christian Reil“ und der Grundschule „Am Heiderand“ im Auftragswert Bau von 16.125.976,53 € und jährliche Betriebskosten anfänglich i. H. v. 644.642,49 € unter dem Vorbehalt der Erteilung der Fördermittelbescheide für die drei Schulen in Höhe der vorliegenden Förderwürdigkeitszusagen der PPP Schulen Halle GmbH zu erteilen und alle notwendigen Verträge gemäß Verhandlungsergebnis abzuschließen.

Die Investitionen werden anteilig aus Mitteln der EU – Schulbauförderung (EFRE) 2007 – 2013 ergänzt um Eigenanteil beglichen. Die erforderlichen Eigenmittel sind im Haushalt eingestellt.

## zu 5      **Beschlussvorlagen**

### zu 5.10    **Vorbereitung und Durchführung der Wahl der Oberbürgermeisterin/des Oberbürgermeisters** **Vorlage: V/2012/10657**

---

**Herr Misch, CDU-Fraktion,** fragte, wann und auf welche Weise die Stadtverwaltung über die fehlerhafte Ausschreibung informiert wurde und ob Herr Beigeordneter Dr. Wiegand diese vorab gelesen habe.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** antwortete, dass ein Bürger der Stadt Halle unmittelbar nach Erscheinen des Amtsblattes per E-Mail auf den Fehler hingewiesen habe.

Dieser Fehler sei kein Ruhmesblatt für die Verwaltung und wäre u. a. aufgrund von Krankheitsfällen in der Verwaltung zustande gekommen. Weiterhin wurde in der Ausschreibung lediglich der betreffende Paragraph benannt, aber nicht der Gesetzestext dazu. Zukünftig solle dies geschehen.

Der Fehler wäre der Verwaltung unterlaufen und sei somit von dieser auch insgesamt und schlussendlich von der Oberbürgermeisterin zu verantworten. Der Vorfall wurde innerhalb der Verwaltung ausgewertet, damit ein solcher Fehler zukünftig nicht auftrete.

**Herr Misch, CDU-Fraktion,** machte deutlich, dass außer Frage stünde, dass Fehler passieren können und fragte erneut, ob Herr Beigeordneter Dr. Wiegand die Vorlage vorab gelesen habe. Dieser habe einen Kommentar zur Gemeindeordnung des Landes Sachsen-Anhalt veröffentlicht und sei nach seinem Amtseid verpflichtet gewesen, Schaden von der Stadt Halle abzuwenden.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** bat darum, ihre vorherigen Ausführungen zur Kenntnis zu nehmen.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates,** bat um Abstimmung der Vorlage.

**Abstimmungsergebnis:**                      **mehrheitlich zugestimmt**

#### **Beschluss:**

1. Die Ziffern 2., 3., 4. des Beschlusses aus der 29. Sitzung des Stadtrates am 25.01.2012 (V/2011/10275) werden aufgehoben.

2. Der Stadtrat beschließt die Durchführung der Wahl der Oberbürgermeisterin/ des Oberbürgermeisters  
am 01.07.2012 und der Stichwahl  
am 15.07.2012.  
Die Wahl und erforderlichenfalls die Stichwahl finden in der Zeit von 8.00 Uhr bis 18.00 Uhr statt.
3. Der Stadtrat beschließt die Ausschreibung der Stelle der Oberbürgermeisterin/des Oberbürgermeisters und setzt die Einreichungsfrist der Bewerbungen um das Amt der Oberbürgermeisterin/des Oberbürgermeisters auf den Zeitraum vom 29.04.2012 bis 05.06.2012 fest.
4. Der Stadtrat beschließt in seiner Sondersitzung am 11.06.2012, 16.00 Uhr, über die Zulassung der Bewerber sowie, falls erforderlich, in einer Sondersitzung am 04.07.2012, 15.00 Uhr, über die Zulassung der Bewerber für die Stichwahl.

zu 5.1 Entlastung der Mitglieder des Verwaltungsrates der BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale) für das Wirtschaftsjahr 2011  
Vorlage: V/2012/10508

---

(Frau Oberbürgermeisterin Dagmar Szabados, Herr Bernhard Bönisch, Herr Swen Knöchel, Frau Katharina Hintz, Herr Gerry Kley, Frau Dr. Inés Brock nahmen aufgrund des § 31 GO LSA nicht an der Abstimmung teil.)

Es gab keine Wortmeldungen.

**Abstimmungsergebnis:**                    mehrheitlich zugestimmt

**Beschluss:**

Die Mitglieder des Verwaltungsrates der BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale) werden für das Wirtschaftsjahr 2011 entlastet.

zu 5.2 Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2012 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2010  
Vorlage: V/2011/10306

zu 5.2.11 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage „Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2012 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2010“ (Vorlagen-Nummer. V/2011/10306) – hier Investitionsprogramm Maßnahme 7.660069 – „Bootsanleger MMZ“  
Vorlage: V/2012/10659

zu 5.2.12 **Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2012 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2010 (Vorlagen-Nummer: V/2011/10306) – hier Produkt 1.24301 – "sonstige schulische Aufgaben"**  
Vorlage: V/2012/10662

zu 5.2.13 **Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Beschlussvorlage Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2012 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2010 ( V/2011/10306) Produkt 1.12209 Einwohnerangelegenheiten**  
Vorlage: V/2012/10665

---

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, informierte darüber, dass für diesen Tagesordnungspunkt die Redezeit unbegrenzt sei.

Er bat die Verwaltung und die Fraktionen um ihre Redebeiträge zur eingebrachten Beschlussvorlage. Die Reden zum Haushalt wurden in folgender Reihenfolge gehalten:

1. Herr Geier, Bürgermeister und Beigeordneter für Finanzen und Personal
2. Herr Krause, SPD-Fraktion
3. Herr Bönisch, CDU-Fraktion
4. Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
5. Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM
6. Herr Knöchel, Fraktion DIE LINKE.
7. Herr Kley, FDP-Fraktion

Die Redekonzepte liegen der Niederschrift als Anlage bei. Es gilt das gesprochene Wort.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung der Änderungsanträge sowie der Vorlage.

zu 5.2.11 **Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage „Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2012 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2010“ (Vorlagen-Nummer. V/2011/10306) – hier Investitionsprogramm Maßnahme 7.660069 – „Bootsanleger MMZ“**  
Vorlage: V/2012/10659

**Beschlussvorschlag:**

*Die im Investitionsprogramm in der Maßnahme 7.660069 – „Bootsanleger MMZ“ bereitgestellten Mittel in Höhe von 62.100 € werden für notwendige Investitionen für die Eröffnung des Grundschulstandortes in Glaucha eingesetzt.*

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich abgelehnt**

---

zu 5.2.12 **Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2012 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2010 (Vorlagen-Nummer: V/2011/10306) – hier Produkt 1.24301 – "sonstige schulische Aufgaben"**  
Vorlage: V/2012/10662

**Beschlussvorschlag:**

1. *Einer Schließung des städtischen Schulgartens Am Galgenberg zum 31.07.2012 wird derzeit nicht zugestimmt. Der dem Stadtrat mit dem Entwurf des Haushaltsplans 2012 in der Ratssitzung am 14.12.2011 vorgelegte Ansatz im Produkt 1.24301 (hier Leistung 1.24301.03) wird bestätigt.*
2. *Die Stadtverwaltung wird beauftragt, dem Stadtrat bis zur Sitzung im Juni 2012 eine Beschlussvorlage vorzulegen, die Möglichkeiten einer Realisierung des Schulgartenunterrichts im Rahmen des Sachkundeunterrichts ab dem Schuljahr 2012/13 für die derzeit den städtischen Schulgarten nutzenden Schulen und deren finanzielle Auswirkungen für die Stadt aufzeigt.*

**Abstimmungsergebnis:** zurückgezogen  
durch Antragsteller

---

zu 5.2.13 **Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Beschlussvorlage Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2012 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2010 ( V/2011/10306) Produkt 1.12209 Einwohnerangelegenheiten**  
Vorlage: V/2012/10665

**Beschlussvorschlag:**

1. Für das Produkt 1.12209 „Einwohnerangelegenheiten“ (Amt für Bürgerservice) werden im Haushalt 2012 Aufwendungen in Höhe von 0 € eingestellt. Die Erstwohnsitzkampagne der Stadt Halle (Saale) mit Hilfe der einmaligen Erstattung des Semesterbeitrages sowie der Förderung des Semestertickets der HAVAG wird in jener Form nicht mehr verfolgt.
2. Der Stadtrat hebt den Beschluss IV/2008/07285 auf, der im Verlauf der Verhandlung zwar durch die Übernahme des Vorschlages seitens der Verwaltung formal zurückgezogen wurde, dennoch als Bestandteil des Haushaltsplanes 2009 beschlossen wurde.

**Abstimmungsergebnis:** mehrheitlich abgelehnt

---

zu 5.2      **Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2012 sowie  
Beteiligungsbericht über das Jahr 2010**  
Vorlage: V/2011/10306

**Abstimmungsergebnis:**                      **mehrheitlich zugestimmt**

**Beschluss (in geänderter Form):**

1. **Der Stadtrat beschließt die Haushaltssatzung 2012, den Haushaltsplan 2012 und das Haushaltskonsolidierungskonzept.**
  2. **Der Stadtrat nimmt den Beteiligungsbericht 2010 zur Kenntnis.**
- 

**Anmerkung:**

Es erfolgten Änderungen in den Anlagen.

---

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** bedankte sich bei den Stadträten für die langwierigen Beratungen zum Haushalt. Seitens der Verwaltung sei vieles nicht optimal gelaufen. Dies wolle man im nächsten Jahr verbessern. Nach der Genehmigung des Haushaltes 2012 werde die Verwaltung sofort mit den Vorbereitungen für den Haushalt 2013 beginnen. Dazu werde man entsprechend der dafür gegründeten Arbeitsgruppe mit dem Landesverwaltungsamt externen Sachverstand hinzuziehen, um weitere nachhaltige Optimierungsvorschläge einbringen zu können.

Des Weiteren informierte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** über ein heute stattgefundenes Gespräch mit dem Landesverwaltungsamt. Dabei wurde signalisiert, dass der Haushalt der Stadt Halle schnellstmöglich auszugleichen sei, damit er gesetzeskonform wäre.

Zudem machte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** deutlich, dass bis zum Jahr 2015 das doppelte Altdefizit auszugleichen sei, wobei der doppelte Haushalt einen Gewinn ausweisen müsse. Hierbei sei aber auch das Land in Verantwortung, wobei im Finanzausgleichgesetz die Belange der Stadt Halle ausreichend berücksichtigt werden müssen.

Insofern sollten Stadtrat und Stadtverwaltung gemeinsam in den nächsten Jahren alles dafür tun, um die Stadt Halle zukunftssicher zu machen.

---

*Der Stadtrat legte eine Pause von 28 Minuten ein.*

---

**zu 5.3    Bebauungsplan Nr. 75.1 "Dessauer Platz, SB-Warenhaus" - Beschluss zur Änderung des Geltungsbereiches**  
**Vorlage: V/2011/10114**

---

**Herr Menn, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, gab bekannt, dass seine Fraktion die Vorlage ablehnen werde und begründete dies. Die Errichtung eines Einkaufszentrums an diesem Standort verursache zusätzlichen Verkehr, da dieses nur mit einem PKW zu erreichen sei. Zudem teile seine Fraktion die Auffassung der Innenstadthändler, dass durch ein solches Einkaufszentrum zusätzliche Kaufkraft aus der Altstadt abgezogen werde.

**Herr Kley, FDP-Fraktion**, bezog sich sowohl auf den TOP 5.3 als auch auf den TOP 5.4 und erklärte, dass seine Fraktion den Bebauungsplan ebenfalls ablehne. Derzeit werde intensiv das Einzelhandels- und Zentrenkonzept diskutiert, welches den in der Vorlage genannten Standort für die Errichtung eines Einkaufszentrums ausschließe. Er habe den Eindruck, dass seitens der Verwaltung beabsichtigt sei, vor der Beschlussfassung zum Einzelhandels- und Zentrenkonzept entsprechend der vorliegenden Vorlage den Bebauungsplan aufzustellen und den Geltungsbereich zu ändern.

Weiterhin brachte **Herr Kley** zum Ausdruck, dass mit der Errichtung des Einkaufszentrums an diesem Standort die wohnortnahe Versorgung eingeschränkt werde, da die Händler von kleineren Geschäften ihre Existenzgrundlage verlieren würden. Eine Diskussion zu dieser Thematik erfolgte bereits vor 10 Jahren und seitens der FDP-Fraktion wurde aufgrund einer Einwohnerbefragung festgestellt, dass hier eine Ablehnung der Bürger vorliege.

**Herr Felke, SPD-Fraktion**, sprach sich für die Vorlagen zum TOP 5.3 und TOP 5.4 aus. Mit der Errichtung des SB-Warenhauses am Hermesareal könne für das unterversorgte Paulusviertel eine deutliche Verbesserung der Nahversorgung erreicht werden.

Zudem wies **Herr Felke** bezogen auf den angesprochenen Kaufkraftverlust darauf hin, dass bei Zustimmung der Vorlage die Kaufkraft in der Stadt Halle gehalten werden könne. Andernfalls orientiere sich diese zum Teil in Richtung Saalekreis.

Darüber hinaus machte **Herr Felke** darauf aufmerksam, dass es hierbei auch um die Glaubwürdigkeit der Stadt Halle gegenüber dem Investor ginge. Dieser habe trotz der über Jahre andauernden Diskussionen an dem Projekt festgehalten. Er könne zwar die von Herrn Kley geäußerten Bedenken nachvollziehen, dennoch sollte dem Investor mit der Zustimmung endlich ein positives Signal gegeben werden.

**Herr Busse, CDU-Fraktion**, schloss sich den Ausführungen von Herrn Felke an. Die Struktur dieses Gebietes habe sich in den letzten Jahren durch den Bau zahlreicher Wohnungen und Häuser geändert. Die Errichtung eines Einkaufszentrums in diesem Gebiet sei der ideale Standort für die Stadtteile Paulusviertel und Frohe Zukunft.

**Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM**, widersprach den Ausführungen von Herrn Kley und wies darauf hin, dass in dem Einzelhandels- und Zentrenkonzept das Hermes-Areal bereits als Standort berücksichtigt sei.

Seines Erachtens werde durch die Errichtung dieses Einkaufszentrums die Kaufkraft aus der Altstadt nicht abgezogen, da dort die relevanten Sortimente derart beschränkt seien. Zudem wären die Geschäfte in der Innenstadt attraktiver und stellen ein anderes Einkaufserlebnis dar als ein SB-Warenhaus.

Nach 13 Jahren Diskussion, so **Herr Häder** weiter, sollte das Projekt endlich umgesetzt und dem Investor sein jahrelanges Vertrauen in den Stadtrat und die Stadt Halle bestätigt werden.

**Herr Dr. Köck, Fraktion DIE LINKE.**, war ebenfalls der Auffassung, dass dem Investor ein positives Signal gegeben werden sollte, um das Projekt umsetzen zu können. Neben dem Paulusviertel sei auch die Frohe Zukunft unterversorgt.

Darüber hinaus könne man mit der Errichtung des SB-Warenhauses einen bedeutenden Beitrag für den Umweltschutz leisten, da ein Großteil nicht mehr in das Einkaufszentrum nach Peißen fahren werde.

**Herr Stäglin, Beigeordneter für Planen und Bauen**, ging zunächst auf die Wortmeldung von Herrn Häder ein und bedankte sich für die Aussage, dass das Hermes-Areal als Standort bereits im Einzelhandels- und Zentrenkonzept berücksichtigt sei. Dies wäre damals ein Auftrag des Stadtrates an die Verwaltung gewesen.

Des Weiteren machte **Herr Beigeordneter Stäglin** darauf aufmerksam, dass mit der heutigen Beschlussfassung nicht die Zustimmung zum Baubeginn erfolge, sondern lediglich die der öffentlichen Auslegung, bei der sich die Bevölkerung zur Errichtung des SB-Warenhauses positionieren könne. Im Anschluss daran werden mögliche Einwände der Bürger entsprechend ausgewertet und berücksichtigt, bevor der Investor die endgültige Zusage zur Umsetzung des Projektes erhalte.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung der Vorlage.

**Abstimmungsergebnis:**                      **mehrheitlich zugestimmt**

**Beschluss:**

1.     **Der Stadtrat beschließt die Änderung des Geltungsbereiches des in Aufstellung befindlichen Bebauungsplanes Nr. 75.1 „Dessauer Platz, SB-Warenhaus“ (Beschluss zur öffentlichen Auslegung vom 27.08.2008, Beschluss-Nr. IV/2008/07260).**
  
2.     **Der geänderte Geltungsbereich umfasst die in der Anlage 1 zu diesem Beschluss dargestellten Flächen. Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 75.1 wird verändert und umfasst künftig eine Fläche von ca. 3,8 ha.**

**zu 5.4     Bebauungsplan Nr. 75.1 "Dessauer Platz, SB-Warenhaus" - Beschluss zur öffentlichen Auslegung  
Vorlage: V/2011/10115**

---

Es gab keine Wortmeldungen.



**Herr Menn, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, ging auf die Stellungnahme der Stadtverwaltung ein. Darin sei aufgeführt, dass der Änderungsantrag aus rechtlichen Gründen nicht aufrechtzuerhalten wäre. Aus diesem Grund zog er den Änderungsantrag zurück.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung der Vorlage.

**zu 5.6.1 Änderungsantrag des sachkundigen Einwohners im Ausschuss für Planungsangelegenheiten Christian Feigl und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage „Erweiterung des Fördergebietes zur Gebäudesicherung "Am Steintor/Medizinerviertel" sowie Verlängerung des Förderzeitraumes für die räumlichen Schwerpunkte für die Gewährung von Sicherungsmitteln" (Vorlage-Nr.: V/2012/10399)  
Vorlage: V/2012/10642**

**Beschlussvorschlag:**

*Der Beschlusstext wird wie folgt ergänzt:*

*4) Die Gebäude der ‚Potenzialfläche Nahversorgungszentrum Reileck‘ (Nordseite der Ludwig-Wucherer-Straße; Gelände des ehemaligen „VEB Gravo Druck“) werden in die Liste förderfähiger Einzelgebäude für die Gewährung von Sicherungsmitteln aufgenommen.*

**Abstimmungsergebnis:** zurückgezogen  
durch Antragsteller

---

**zu 5.6 Erweiterung des Fördergebietes zur Gebäudesicherung "Am Steintor/Medizinerviertel" sowie Verlängerung des Förderzeitraumes für die räumlichen Schwerpunkte für die Gewährung von Sicherungsmitteln  
Vorlage: V/2012/10399**

**Abstimmungsergebnis:** mehrheitlich zugestimmt

**Beschluss:**

- 1.) Das vom Stadtrat am 30.3.2011 (Beschluss-Nr. V/2011/09497) beschlossene Fördergebiet für die Gewährung von Sicherungsmitteln „Am Steintor/Medizinerviertel“ wird um den Bereich Stadteingang Paracelsusstraße erweitert.
- 2.) Der Zeitraum für die Gewährung von Sicherungsmitteln im Fördergebiet „Am Steintor/ Medizinerviertel“ sowie für die förderfähigen Einzelgebäude außerhalb der Fördergebiete wird bis einschließlich 2014 verlängert.

3.) Der Zeitraum für die Gewährung von Sicherungsmitteln im Fördergebiet „Erweitertes Glaucha“ wird im Teilbereich südlich der Torstraße bis einschließlich 2013 verlängert.

Die Plandarstellung ist als Anlage 1 Bestandteil des Beschlusses.

zu 5.7 **Ergänzung des Baubeschlusses: Ausbau der Mansfelder Straße und des Hallorenringes zwischen Hackebornstraße und Schieferbrücke/ Komplexmaßnahme Stadt Halle (Saale)/ HAVAG**  
Vorlage: V/2012/10416

zu 5.7.1 **Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Vorlage Ergänzung des Baubeschlusses: Ausbau der Mansfelder Straße und des Hallorenringes zwischen Hackebornstraße und Schieferbrücke/Komplexmaßnahme Stadt Halle (Saale)/HAVAG - Beschluss Nr.: V/2009/08307 vom 25.11.2009**  
Vorlage: V/2012/10661

---

**Herr Knöchel, Fraktion DIE LINKE.**, bezog sich auf den Änderungsantrag seiner Fraktion und bat um Zustimmung dessen. Es sei übliche Verfahrensweise, dass bei einem solch hohen Nachtrag die Ursache und Entstehung geprüft werden.

**Herr Krause, SPD-Fraktion**, bat um Zustimmung zur Vorlage und ging auf die Sitzung des Ausschusses für städtische Bauangelegenheiten und Vergaben nach VOB, VOL, HOAI und VOF ein. Dort wurde über die Gründe der Nachträge in diesen Größenordnungen diskutiert. Im Ergebnis dessen habe man sich darauf verständigt, den ursprünglichen Ansatz auf 400.000 € zu begrenzen, um ein Signal zum sparsamen Handeln zu geben, aber gleichzeitig der Verwaltung noch genügend Handlungsspielraum zu lassen.

**Herr Sieber, Fraktion DIE LINKE.**, kritisierte, dass er die vorgenommenen Änderungen der heute ausgehändigten Austauschblätter zu den Seiten 5 und 8 nicht erkennen könne und bat um Erläuterung.

**Herr Stäglin, Beigeordneter für Planen und Bauen**, entschuldigte sich dafür und sagte zu, Änderungen zukünftig entsprechend kenntlich darzustellen.

Auf Seite 5 wurde unter Punkt 3 der Satz:

„... Um eine nochmalige Ergänzung des Baubeschlusses nach Kostenfeststellung zu vermeiden, wird in der Vorlage der Maximalbetrag angegeben ...“

geändert in:

„... Hier und in den nachfolgenden Erläuterungen werden jeweils die Maximalbeträge angegeben ...“

Auf Seite 8 wurde unter Punkt 5 der Betrag von 971.900 € auf 885.700 € geändert.

Zudem merkte **Herr Beigeordneter Stäglin** an, dass die Verwaltung derzeit die Nachtragssumme prüfe und keine Zahlungen leiste, welche nicht anerkannt werden können.

**Herr Kley, FDP-Fraktion**, gab bekannt, dass seine Fraktion der Vorlage nicht zustimmen werde und kritisierte das Verfahren der Verwaltung. Er habe mehr Aufklärung zu den Ursachen für die Nachträge erwartet. In den Fachausschüssen hätte darüber informiert werden können, wer die Anweisungen für die in der Vorlage beschriebenen Punkte gegeben habe und wer für die Nachträge die Verantwortung trage.

Des Weiteren brachte **Herr Kley** zum Ausdruck, dass beispielsweise der Sachverhalt des verzögerten Baubeginns unter mehreren Nachtragspositionen aufgeführt sei. Insofern wäre davon auszugehen, dass zu den Nachtragspositionen bisher keine Prüfung erfolgte. Eine weitere Bauverzögerung sei durch den Zukunftskongress im MMZ entstanden. Es wäre nicht bekannt, wer die Anweisung dafür gegeben habe.

**Herr Kley** wies darauf hin, dass mit diesen finanziellen Mitteln z. B. der Bau der Peißnitzbrücke hätte realisiert werden können. Stattdessen werden hier die Bürger um eine Spende gebeten.

**Herr Stäglin, Beigeordneter für Planen und Bauen**, wies darauf hin, dass auch bei Zustimmung zur Vorlage seitens der Verwaltung weitere Informationen zu dieser Thematik erfolgen. Über die Frage der Abläufe der getroffenen Entscheidungen in den Jahren 2010 und 2011 sowie über die tatsächliche Höhe der Nachträge werde in nichtöffentlicher Sitzung der zuständigen Fachausschüsse berichtet.

Gleichzeitig machte **Herr Beigeordneter Stäglin** darauf aufmerksam, dass bei dieser Baumaßnahme die HAVAG als Gesamtauftraggeber fungiere und ein Vertrag mit der Stadt Halle existiere. Aufgrund dessen sei die Verwaltung gehalten, Vereinbarungen mit der HAVAG zu treffen, um nach entsprechender Prüfung weitere Zahlungen veranlassen zu können. Dies wäre notwendig und selbstverständlich, um Schlussfolgerungen daraus ziehen zu können.

Zudem wurde mit den 400.000 € ein Maximalbetrag festgelegt, welcher nicht zwingend vollständig aufgebraucht werde.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung des Änderungsantrages sowie der Vorlage.

**zu 5.7.1 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Vorlage Ergänzung des Baubeschlusses: Ausbau der Mansfelder Straße und des Hallorenringes zwischen Hackebornstraße und Schieferbrücke/Komplexmaßnahme Stadt Halle (Saale)/HAVAG - Beschluss Nr.: V/2009/08307 vom 25.11.2009  
Vorlage: V/2012/10661**

**Abstimmungsergebnis:                    mehrheitlich zugestimmt**

## **Beschluss:**

An den Beschlusstext wird folgender Punkt angefügt:

Der Stadtrat beauftragt das Rechnungsprüfungsamt, Ursachen, Entstehung und Höhe der Nachträge zu prüfen und über das Ergebnis der Prüfung im Rechnungsprüfungsausschuss zu berichten.

---

zu 5.7 Ergänzung des Baubeschlusses: Ausbau der Mansfelder Straße und des Hallorenringes zwischen Hackebornstraße und Schieferbrücke/ Komplexmaßnahme Stadt Halle (Saale)/ HAVAG  
Vorlage: V/2012/10416

**Abstimmungsergebnis:** mehrheitlich zugestimmt

## **Beschluss (in geänderter Form):**

Der Stadtrat beschließt die Ergänzung des Baubeschlusses für die Komplexmaßnahme Mansfelder Straße von 1.219.100 € um maximal 400.000 € auf maximal 1.619.100 €.

*Der Stadtrat beauftragt das Rechnungsprüfungsamt, Ursachen, Entstehung und Höhe der Nachträge zu prüfen und über das Ergebnis der Prüfung im Rechnungsprüfungsausschuss zu berichten.*

zu 5.8 Ausbau/Umgestaltung Torstraße - Gestaltungsbeschluss  
Vorlage: V/2011/10263

zu 5.8.1 Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Vorlage Ausbau/Umgestaltung Torstraße - Gestaltungsbeschluss  
Vorlage: V/2012/10668

---

**Herr Koehn, SPD-Fraktion**, befürwortete die Vorlage der Verwaltung, da die Ertüchtigung der Torstraße längst überfällig sei. Der Stadtteil Glaucha mit der Torstraße habe in den letzten Jahren eine äußerst positive Entwicklung genommen.

Das Hauptproblem sehe seine Fraktion hierbei in der Gestaltung der Straßenbahnhaltestelle Kurt-Tucholsky-Straße, da entsprechend der Vorlage der Verwaltung der direkte Durchfahrtsverkehr zwischen Torstraße und Kurt-Tucholsky-Straße nicht mehr möglich sei. Dieses Wohngebiet sei allerdings dicht besiedelt, da durch die Instandsetzung der Wohnhäuser eine Vielzahl von Bürgern in dieses Stadtviertel zugezogen sei.

Aus diesem Grund wurde seitens seiner Fraktion der vorliegende Änderungsantrag eingebracht, dass die Verwaltung Möglichkeiten prüfe, eine behindertengerechte Straßenbahnhaltestelle so einzurichten, dass der Durchgangsverkehr der Kurt-Tucholsky-Straße auch weiterhin gesichert sei.

**Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM**, fragte nach der Bedeutung des Wortes „Reservierung“ entsprechend des Änderungsantrages.

**Herr Koehn, SPD-Fraktion**, klärte auf, dass damit bestimmte Positionen auf dem Bürgersteig für Mobilitätsbeeinträchtigte zum ungehinderten Einstieg vorgehalten werden sollen, sofern - wie in der Vorlage angekündigt - eine komplette Länge nicht möglich sei.

**Herr Stäglin, Beigeordneter für Planen und Bauen**, erklärte, dass er dem Änderungsantrag der SPD-Fraktion skeptisch gegenüberstehe, da die Maßnahme im Rahmen des Stadtbahnprogramms realisiert werden soll. Seitens des Fördermittelgebers erfolge eine nachhaltige Prüfung, inwieweit die jeweiligen Standards und Vorgaben eingehalten werden.

Aufgrund dessen könne sich der vorgegebene Automatismus des Änderungsantrages, dass entsprechend des Prüfergebnisses zwangsläufig der Gestaltungsbeschluss geändert werde, nachteilig auf eine Förderung auswirken. Seines Erachtens sollte der letzte Satz des Änderungsantrages gestrichen werden, so dass die Verwaltung die Prüfung vornehme und im Ergebnis dessen über das weitere Verfahren beraten werden könne.

Darüber hinaus habe die Verwaltung entsprechend der Bitte aus der in der vergangenen Woche stattgefundenen Anwohnerveranstaltung eine erneute Zählung der Fahrzeuge in der Kurt-Tucholsky-Straße sowie der Torstraße vorgenommen. Die Querschnittsbelastungen der beiden Straßen lagen bei allen Zählpunkten unter den Zählergebnissen vom Oktober letzten Jahres. Das bedeute, dass die erst kürzlich durchgeführte Zählung die Planungsgrundlagen für die Torstraße bestätige.

**Herr Krause, SPD-Fraktion**, konnte die Bedenken von Herrn Beigeordneten Stäglin zum Änderungsantrag seiner Fraktion nachvollziehen und gab bekannt, dass der letzte Satz:

„... Die Vorzugsvariante der Vorplanung wird bei positiver Prüfung entsprechend angepasst.“ gestrichen werde.

Dennoch sollte die Verwaltung die Sorgen der Bürger ernst nehmen und bei der Prüfung berücksichtigen.

Zudem merkte **Herr Krause** an, dass die vorgeschlagene Variante seiner Fraktion bisher nicht geprüft wurde.

**Herr Dr. Köck, Fraktion DIE LINKE.**, wies darauf hin, dass prioritär auf die Bedürfnisse der Menschen mit Behinderungen eingegangen und im gesamten Straßenbahnsystem der behindertengerechte Zugang sichergestellt werden müsse.

Er schlug eine Prüfung vor, ob die Haltestellen entsprechend gegeneinander verschoben werden können, um den direkten Verkehr zwischen Torstraße und Kurt-Tucholsky-Straße weiterhin zu ermöglichen.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** gab bekannt, dass die Verwaltung grundsätzlich Möglichkeiten prüfen werde, inwieweit der PKW-Verkehr für die Kurt-Tucholsky-Straße weiterhin freigehalten werden könne. Dies schließe sowohl den Änderungsantrag der SPD-Fraktion als auch den Vorschlag von Herrn Dr. Köck ein.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, bat um Abstimmung des Änderungsantrages sowie der Vorlage.

zu 5.8.1 Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Vorlage Ausbau/Umgestaltung Torstraße - Gestaltungsbeschluss  
Vorlage: V/2012/10668

**Abstimmungsergebnis:** mehrheitlich zugestimmt

**Beschluss (in geänderter Form):**

Der Beschlusstext wird ergänzt:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob eine Reservierung des behindertengerechten Teils des Haltestellenbahnsteigs auf 30 Meter möglich ist.

Mit einer solchen Lösung soll der direkte Verkehr zwischen Torstraße und Kurt-Tucholsky-Straße weiterhin möglich sein.

~~Die Vorzugsvariante der Vorplanung wird bei positiver Prüfung entsprechend angepasst.~~

---

zu 5.8 Ausbau/Umgestaltung Torstraße - Gestaltungsbeschluss  
Vorlage: V/2011/10263

**Abstimmungsergebnis:** mehrheitlich zugestimmt

**Beschluss (in geänderter Form):**

Die Vorzugsvariante (Variante 1c) der Vorplanung einschließlich der Gestaltungsprinzipien (siehe Anlage 4) zum Ausbau der Torstraße wird bestätigt.

*Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob eine Reservierung des behindertengerechten Teils des Haltestellenbahnsteigs auf 30 Meter möglich ist.*

*Mit einer solchen Lösung soll der direkte Verkehr zwischen Torstraße und Kurt-Tucholsky-Straße weiterhin möglich sein.*

zu 5.9 Vergabe des neuen Straßennamens Heidelbeerweg  
Vorlage: V/2012/10542

---

Es gab keine Wortmeldungen.

**Abstimmungsergebnis:** mehrheitlich zugestimmt

## **Beschluss:**

**Der Straßensname Heidelbeerweg für die Erschließungsstraße im Gebiet des Bebauungsplanes Nr. 103 „Wohnbebauung Halle-Büschdorf, Käthe-Kollwitz-Straße“ zwischen Käthe-Kollwitz-Straße und Reidenfeld wird bestätigt.**

**zu 6        Wiedervorlage**

**zu 6.1     Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Erstellung eines Gutachtens zum aufgabenbezogenen Finanzbedarf der Kommunen in Sachsen-Anhalt  
Vorlage: V/2011/10078**

---

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** schlug vor, den Antrag zu vertagen bis das neue Finanzausgleichsgesetz (FAG) durch das Land beschlossen werde. Dieses müsse vorerst abgewartet werden, um dann über die Notwendigkeit eines solchen Gutachtens entscheiden zu können.

**Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, konnte dem Vorschlag der Vertagung nicht zustimmen. Für die Stadt Halle werde von einem strukturellen Defizit in Höhe von 30 Mio. € ausgegangen. Nach dem neuen FAG werde der Finanzbedarf der Stadt Halle um maximal 10 Mio. € erhöht. Ungeachtet dessen wurde die Investitionspauschale für die Stadt Halle um 5 Mio. € gekürzt.

**Herr Wehrich** brachte zum Ausdruck, dass das Gutachten zwingend erforderlich sei, um den Bedarf der Stadt Halle zu ermitteln und in die Beratungen zum neuen FAG einfließen zu lassen. Es gebe keinerlei Anhaltspunkte zu möglichen Änderungen für die Stadt Halle.

Des Weiteren verwies **Herr Wehrich** auf das von der Landesregierung an Herrn Prof. Deubel in Auftrag gegebene Gutachten zu den Kommunalfinanzen. Darin wurden keinerlei Kosten für die Aufgaben der Kommunen ermittelt. Das Zahlenmaterial sei lediglich durch Vergleiche mit anderen Bundesländern entstanden und habe somit keinen Bezug zur Stadt Halle.

Aus vorgenannten Gründen sei es dringend erforderlich, über den Antrag in der heutigen Stadtratssitzung zu befinden.

**Herr Kley, FDP-Fraktion**, gab bekannt, dass er ebenfalls der Auffassung sei, dass ein solches Gutachten in Auftrag gegeben werden sollte und notwendig wäre. Seit einigen Jahren werde über die Unterfinanzierung der Stadt Halle diskutiert. Mit dem Gutachten könne die Stadt Halle ihre Mutmaßung untersetzen.

In Bezug auf Herrn Prof. Deubel merkte **Herr Kley** an, dass dieser in Rheinland-Pfalz bereits ein kommunales Finanzausgleichsgesetz strukturiert habe, welches vom Landesverfassungsgericht abgelehnt wurde. Darin seien damals die aufgabenbezogenen Kosten der Kommunen ebenfalls nicht berücksichtigt worden. Insofern werde sich das Deubel-Gutachten nicht in dem erforderlichen Maß positiv auf den Finanzbedarf der Stadt Halle auswirken.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung des Antrages.

**Abstimmungsergebnis:**                    **mehrheitlich zugestimmt**

**Beschluss (in geänderter Form):**

**Die Stadtverwaltung wird beauftragt, ein wissenschaftliches Gutachten zur Bestimmung des auskömmlichen aufgabenbezogenen Finanzbedarfs für die Stadt Halle (Saale) in Auftrag zu geben. Dieses sollte in der zweiten Jahreshälfte 2012 der Öffentlichkeit vorgestellt werden.**

---

**Anmerkung:**

Der ursprüngliche Beschlussvorschlag lautete:

Die Stadt Halle (Saale) setzt sich im Städte- und Gemeindebund Sachsen-Anhalt für die Beauftragung eines wissenschaftlichen Gutachtens zur Bestimmung des auskömmlichen aufgabenbezogenen Finanzbedarfs aller Kommunen im Bundesland ein. Dieses sollte in der zweiten Jahreshälfte 2012 der Öffentlichkeit vorgestellt werden.

**zu 7            Anträge von Fraktionen und Stadträten**

**zu 7.1        Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Stadtteilentwicklung Freimfelde**

**Vorlage: V/2012/10603**

**zu 7.1.1     Änderungsantrag der Oberbürgermeisterin zum Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Stadtteilentwicklung Freimfelde (Vorlage: V/2012/10603)**

**Vorlage: V/2012/10647**

---

**Herr Hildebrandt, CDU-Fraktion**, bat um Zustimmung und erläuterte die Gründe für die Einbringung des Antrages seiner Fraktion. Die Aufwertung eines Stadtteils werde oft kontrovers diskutiert. In diesem Zusammenhang sei zu überlegen, in welcher Form die davon Betroffenen einbezogen werden. Die Bildung einer Arbeitsgruppe wäre erforderlich, um Konflikte zu vermeiden.

Seines Erachtens werde der Antrag seiner Fraktion von den Stadtteil-Akteuren befürwortet, einen solchen dauerhaften Prozess einzurichten und vorerst grundsätzlich über mögliche Maßnahmen zu beraten.

Hinsichtlich des Änderungsantrages der Oberbürgermeisterin bat **Herr Hildebrandt** darum, diesen abzulehnen. Die Durchführung einer einmaligen Bürgerversammlung sei zu wenig. Es sollte ein dauerhafter Prozess zur Stadtteilentwicklung Freimfelde entstehen.

Im Zuge dessen verwies **Herr Hildebrandt** auf das am 15.02.2012 in Halle-Ost stattgefundene Bürgerforum. Auf Nachfrage, wie der Stadtteil Freimfelde zukünftig in der Stadtentwicklung berücksichtigt werde, äußerte ein städtischer Vertreter, dass im Zuge des integrierten Stadtentwicklungskonzeptes 14 Gruppen gegründet werden, welche sich mit den 14 Teilbereichen der Stadt Halle beschäftigen. Dies wurde auch auf die Entwicklungsperspektiven für den Bereich Freimfelder Straße avisiert. In diesen Prozess wolle man die Bürger insbesondere zur Thematik Wohnsituation einbeziehen.

In Bezug auf den Vertreter des Projektes „Freiraumgalerie Freimfelde“ entsprechend der Einwohnerfragestunde merkte **Herr Hildebrandt** an, dass die Beteiligung des Projektes aus der Formulierung im Beschlusspunkt 2: „... Stadtteilinitiativen, Künstlern ...“ des Antrages seiner Fraktion resultiere.

**Herr Stäglin, Beigeordneter für Planen und Bauen**, ging auf die Wortmeldung von Herrn Hildebrandt ein und machte darauf aufmerksam, dass im Zuge der Erarbeitung des integrierten Stadtentwicklungskonzeptes nicht dauerhaft 14 Arbeitsgruppen gebildet werden sollen. Bei dem Bürgerforum am 15.02.2012 war die Frage, wann man sich als Verwaltung mit dem Bereich beschäftige.

Es wurde darauf verwiesen, dass nicht nur die sechs Stadtumbaugebiete Berücksichtigung finden, sondern der gesamte Raum der Stadt Halle anstatt der 43 Stadtteile in 14 Teilräume geteilt werde. Insofern sei nicht allein der Stadtteil Freimfelde zu betrachten, sondern der Osten der Stadt Halle insgesamt. In diesem Prozess werde die Verwaltung den betroffenen Personenkreis durch entsprechende Veranstaltungen einbeziehen.

In dem Zusammenhang wies **Herr Beigeordneter Stäglin** darauf hin, dass ein Beschluss zum jetzigen Zeitpunkt zur Bildung einer dauerhaften Arbeitsgruppe für den Stadtteil Freimfelde insofern problematisch sein könne, dass für weitere Stadtteile ebenfalls Arbeitskreise gewünscht werden. Die Verwaltung habe zwar bereits in verschiedenen Stadtteilen Arbeitsgruppen initiiert, hierbei handele es sich aber um Stadtteile, die im Rahmen von Fördermaßnahmen gefördert werden. Eine solche Situation bestünde im Stadtteil Freimfelde jedoch nicht.

Aufgrund dessen wurde der Änderungsantrag der Oberbürgermeisterin eingebracht, zunächst eine Bürgerversammlung durchzuführen. Möglicherweise können bei dieser Veranstaltung eine Vielzahl von Problemen geklärt und Absprachen getroffen werden, so dass eine dauerhafte Arbeitsgruppe nicht erforderlich sei.

**Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM**, gab bekannt, dass seine Fraktion den Änderungsantrag der Oberbürgermeisterin befürworte. Er erachte die Formulierung im Beschlusspunkt 1 des Antrages der CDU-Fraktion, im Einklang eine Stadtteilentwicklung in Freimfelde zu verfolgen, für problematisch. Damit sei eine Vielfalt von unterschiedlichen Auffassungen nicht mehr möglich.

**Herr Sieber, Fraktion DIE LINKE.**, brachte zum Ausdruck, dass die Begründung im Antrag der CDU-Fraktion weniger unter stadtplanerischen Gesichtspunkten erfolgte, sondern sich überwiegend gegen das in dem Stadtteil aufgebrachte Graffiti richte. Dies könne seine Fraktion in der Form nicht unterstützen. Den Antrag selbst halte man aber für interessant.

Da seinerseits weiterer Beratungsbedarf bestünde, verwies **Herr Sieber** den Antrag namens der Fraktion in den Ausschuss für Planungsangelegenheiten.

Hinsichtlich des Änderungsantrages der Oberbürgermeisterin erklärte **Herr Sieber**, dass dieser in den Antrag der CDU-Fraktion zwischen den Beschlusspunkten 1 und 2 eingefügt werden könne. Seines Erachtens sollte überlegt werden, ein Gremium, wie z. B. eine Arbeitsgruppe, zu installieren, da der betroffene Personenkreis eine Diskussion mit Akteuren aus anderen Stadtteilen nicht als zielführend erachte.

Als positives Beispiel für die Bürgerbeteiligung nannte **Herr Sieber** den Prozess zum Verkehrsentwicklungsplan und schlug vor, sich an diesem zu orientieren und auch für den Stadtteil Freimfelde eine solche Möglichkeit zu schaffen, dass die betroffenen Personen Einfluss auf die Entwicklung ihres Stadtteils nehmen können.

**Herr Kley, FDP-Fraktion**, unterstützte die Verweisung des Antrages und schlug vor, diesen im Ausschuss für Planungsangelegenheiten im Komplex mit dem Antrag seiner Fraktion

Antrag der FDP-Stadtratsfraktion zum Aufstellungsbeschluss Bebauungsplan  
„Schlachthofviertel“  
V/2011/10009

zu betrachten. Ein solcher Aufstellungsbeschluss sei für dieses Stadtviertel städteplanerisch dringend erforderlich.

Der Antrag der CDU-Fraktion, so **Herr Kley** weiter, nur mit den Wohnungsmarktakteuren zu beraten, sei seines Erachtens aufgrund der Beschlussfassung der DB AG über den Ausbau des „Zentralen Güterverkehrsknotenpunktes für Mitteldeutschland“ auf dem Gebiet des Güterbahnhofes und der damit verbundenen enormen Entwicklung im Industriebereich nicht weitreichend genug.

Darüber hinaus bat **Herr Kley** die Stadtverwaltung, in diesem Stadtviertel ordnend einzugreifen, um sowohl der Deutschen Bahn AG die Möglichkeit zu geben, ihre Vorhaben ordnungsgemäß zu entwickeln als auch den betroffenen Akteuren eine Planungssicherheit zu geben.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

**zu 7.1.1 Änderungsantrag der Oberbürgermeisterin zum Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Stadtteilentwicklung Freimfelde (Vorlage: V/2012/10603)  
Vorlage: V/2012/10647**

**Abstimmungsergebnis: verwiesen**  
durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion DIE LINKE. in den  
**Ausschuss für Planungsangelegenheiten**

**Beschlussvorschlag:**

Der Beschlusspunkt 2 wird wie folgt geändert:

2. *Es wird eine Bürgerversammlung im Stadtteil durchgeführt, bei der die Bürger und alle weiteren Akteure im Stadtteil Gelegenheit haben, ihre Vorstellungen zur künftigen Stadtteilentwicklung zu diskutieren.*

---

**zu 7.1     Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Stadtteilentwicklung Freimfelde  
Vorlage: V/2012/10603**

**Beschlussvorschlag:**

1. *Die Stadtverwaltung wird beauftragt, eine Stadtteilentwicklung in Freimfelde zu verfolgen, die im Einklang mit der Bevölkerung und den dortigen Wohnungsmarktakteuren steht.*
2. *Es wird eine Arbeitsgruppe gebildet, die sich aus Vertretern der Stadtratsfraktionen, der verfassten Wohnungswirtschaft, privaten Wohnungsmarktakteuren, Anwohnernvertretern, Stadtteilinitiativen, Künstlern und der Stadtverwaltung zusammensetzt und die Stadtteilentwicklung in Freimfelde begleitet. Alle von der Stadtverwaltung mitgetragenen tatsächlichen und vermeintlichen Aufwertungsbestrebungen bedürfen, bevor sie zur Anwendung kommen, zumindest einer Vorstellung und Begutachtung in der Arbeitsgruppe.*

**Abstimmungsergebnis:**                      **verwiesen**  
durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion DIE LINKE. in den  
**Ausschuss für Planungsangelegenheiten**

**zu 7.2     Antrag des Stadtrates Martin Bauersfeld (CDU) zum Verkauf von Liegenschaften  
Vorlage: V/2012/10601**

---

**Herr Bauersfeld, CDU-Fraktion,** zog den Antrag zurück.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

**Beschlussvorschlag:**

*Das Verfahren für den Verkauf von Liegenschaften, die im Eigentum der Stadt sind, wird folgendermaßen festgelegt:*

1. *Immobilien, die die Verwaltung verkaufen will, werden dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorgelegt. Mit dem Beschluss wird die Verwaltung ermächtigt, die Immobilie zum Verkauf auszuschreiben und Verkaufsverhandlungen durchzuführen.*

2. *Nach Abschluss der Verkaufsverhandlungen wird der Verkaufsvertrag dem Stadtrat zur Bestätigung vorgelegt. Informationen über Käufer, Kaufpreis, sonstige Bedingungen und Mitbewerber sind dabei dem Stadtrat vorzulegen.*

**Abstimmungsergebnis:**                      **zurückgezogen  
durch Antragsteller**

**zu 7.3     Antrag der CDU-Fraktion auf Änderung/Ergänzung der Gefahrenabwehrverordnung der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: V/2012/10600**

---

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, gab bekannt, dass der Antrag durch die Oberbürgermeisterin in den Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten verwiesen wurde.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

**Beschlussvorschlag:**

*Der Stadtrat beschließt die Änderung der Gefahrenabwehrverordnung der Stadt Halle (Saale)*

**§ 11 Tiere**

*(2) Der Halter oder Führer eines Tieres hat dafür Sorge zu tragen, dass sein Tier öffentliche Straßen, Anlagen und Einrichtungen nicht durch Kot verschmutzt. Die Vorschriften des Abfall- und des Strafrechts bleiben unberührt. Lassen sich Verschmutzungen nicht vermeiden, sind diese umgehend zu beseitigen.*

*Der Absatz wird um folgenden Satz erweitert:*

***Hierzu ist ein geeignetes Behältnis mitzuführen und auf Verlangen den Vollzugkräften vorzuweisen.***

*§ 17 Ordnungswidrigkeiten wird um folgenden Eintrag ergänzt:*

***entgegen § 11 Abs. 2 als Halter oder Führer kein geeignetes Hilfsmittel für Aufnahme und Transport von Tierkot mitführt oder dieses nicht auf Verlangen vorweist***

**Abstimmungsergebnis:**                      **verwiesen**  
durch Geschäftsordnungsantrag der Oberbürgermeisterin in den  
**Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten**

**zu 7.4 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Prüfung eines geeigneten Geländes für Freiluft-Tanzveranstaltungen**  
**Vorlage: V/2012/10596**

---

**Herr Krause, SPD Fraktion**, teilte mit, dass seine Fraktion der Empfehlung der Verwaltung, den Antrag abzulehnen, nicht folgen könne und verwies den Antrag namens der Fraktion in den Kulturausschuss.

Zudem bat **Herr Krause** darum, dass über das Ergebnis der bereits stattfindenden internen Prüfung im Kulturausschuss berichtet werde. Im Anschluss daran sollte den Mitgliedern des Kulturausschusses die Möglichkeit gegeben werden, bei Bedarf über das Prüfergebnis zu diskutieren und möglicherweise anderweitige Vorschläge zu unterbreiten.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** verwies den Antrag zudem in den Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung

**Herr Knöchel, Fraktion DIE LINKE.**, merkte an, dass hiervon auch das Gefahrenabwehrrecht betroffen sei und verwies den Antrag namens der Fraktion in den Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

**Beschlussvorschlag:**

- 1. Die Verwaltung wird beauftragt, bis zur Mai-Sitzung des halleschen Stadtrates einen geeigneten Ort im Stadtgebiet vorzuschlagen, der zur dauerhaften Nutzung für Musik-Tanz-Veranstaltungen unter freiem Himmel zur Verfügung gestellt werden kann.*
- 2. Sofern ein solches Gelände gefunden wird, sind Bestimmungen zu erarbeiten, die die Nutzung des Geländes regeln. In diesem Zusammenhang ist zu prüfen, ob eine Anpassung betroffener Satzungen und Ordnungen notwendig ist.*
- 3. Das Verfahren zur Beantragung von Veranstaltungsgenehmigungen auf dem ausgewählten Gelände soll möglichst bürgerfreundlich gestaltet werden.*

**Abstimmungsergebnis:**

**verwiesen**

durch Geschäftsordnungsantrag der SPD-Fraktion in den  
**Kulturausschuss**

durch Geschäftsordnungsantrag der Oberbürgermeisterin in den  
**Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung**

durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion DIE LINKE. in den  
**Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten**

**zu 7.5 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion zum Salzfest und zu den Händels Open**  
**Vorlage: V/2012/10586**

---

**Herr Kley, FDP-Fraktion**, erklärte, dass der Antrag seiner Fraktion in Auswertung des Salzfestes im Jahr 2011 resultiere, bei dem es umfängliche Diskussionen über die Gestaltung einer solchen Veranstaltung in der Stadt Halle gegeben habe.

Da die Stadt Halle dem Veranstalter den Veranstaltungsplatz kostenfrei zur Verfügung stelle, sei er davon ausgegangen, dass ein besonderes städtisches Interesse hinsichtlich der Qualität der Veranstaltungen bestünde. Nach Akteneinsicht wurde festgestellt, dass die entsprechende Kooperationsvereinbarung sehr allgemein gehalten und lediglich aufgeführt sei, dass die Veranstaltung angemessen sein soll.

Seines Erachtens wäre dies nicht ausreichend. Demzufolge sollten für das Salzfest zumindest die Grundlinien in einer Arbeitsgruppe aus Stadtverwaltung und Stadtrat definiert und die Erwartungen der Stadt Halle in der Kooperationsvereinbarung festgehalten werden.

Hinsichtlich der Veranstaltung „Händels Open“ brachte **Herr Kley** zum Ausdruck, dass diese in den letzten Jahren ebenfalls immer wieder zu Diskussionen geführt habe. Der Stadtrat sollte hierfür die Erwartungshaltung in Bezug auf die Qualität, die Länge und den Ort der Veranstaltungen gegenüber dem Veranstalter deutlich machen.

Darüber hinaus erhalte er eine Vielzahl von Zuschriften der Anwohner zu Fragen des Lärmschutzes bei den „Händels Open“.

Weiterhin wies **Herr Kley** darauf hin, dass sich die Stadt Halle verpflichten sollte, diese beiden Veranstaltungen durch ein niveauvolles Programm qualitativ herauszuheben.

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, gab bekannt, dass der Antrag durch die Oberbürgermeisterin in den Kulturausschuss sowie in den Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung verwiesen wurde.

**Herr Müller, CDU-Fraktion**, verwies den Antrag namens der Fraktion zudem in den Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten, um einen möglichen Verstoß gegen geltendes Recht, insbesondere die Marktsatzung, zu prüfen.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

**Beschlussvorschlag:**

- 1. Die Kooperationsvereinbarung zwischen der Stadt Halle (Saale) und dem Veranstalter der jährlich stattfindenden Veranstaltungen „Salzfest“ und „Händels Open“ wird zum nächstmöglichen Zeitpunkt präzisiert: In die Vereinbarung werden Klauseln eingefügt, die die Ausgestaltung des Salzfestes und der Händels Open detaillierter regeln.*
- 2. Bei den Händels Open wird dem besonderen Kulturanspruch der Stadt an diese Veranstaltung Rechnung getragen. Ein Bezug zu Georg Friedrich Händel und zur Barockzeit muss deutlich erkennbar sein. Moderne Elemente mit Bezug auf diese Werke sind ergänzend möglich.*

3. *Das Salzfest bezieht seinen Namen aus der halleschen Salzwirker-Tradition. Daran muss sich das Veranstaltungskonzept messen lassen. Das Verkaufssortiment hat sich von einem üblichen Marktsortiment durch einen besonderen Bezug zur Salztradition zu unterscheiden.*
4. *Sollte der Betreiber der Änderung nicht zustimmen, wird die Kooperationsvereinbarung zum nächstmöglichen Zeitpunkt (30.11.2012) gekündigt.*
5. *Die Stadtverwaltung legt jedes Jahr das Programm der Veranstaltungen im zuständigen Fachausschuss des Stadtrates rechtzeitig vor Beginn der jeweiligen Veranstaltung zur Bestätigung vor.*

**Abstimmungsergebnis:**

**verwiesen**

durch Geschäftsordnungsantrag der Oberbürgermeisterin in den  
**Kulturausschuss,  
Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung**

durch Geschäftsordnungsantrag der CDU-Fraktion in den  
**Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten**

**zu 7.6 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion zur Verbesserung der Wegebeziehung zwischen Marthaviertel und Innenstadt  
Vorlage: V/2012/10585**

---

**Herr Kley, FDP-Fraktion**, wies eingangs darauf hin, dass zu dieser Thematik bereits mehrere Anträge im Stadtrat beraten und diesen zum Teil zugestimmt wurden. Bisher seien die gefassten Beschlüsse allerdings von der Verwaltung nicht umgesetzt worden. Das Anliegen, dass die Bewohner des Marthaviertels, insbesondere ältere Menschen in den dort angesiedelten Seniorenresidenzen, problemlos in die Innenstadt kommen, wurde nicht umfänglich entsprochen.

Anschließend ging **Herr Kley** auf die Intention der bisher eingebrachten Anträge seiner Fraktion ein und erinnerte an die Gründe der Verwaltung, diese nicht umsetzen zu können. Infolge dessen erfolgte die erneute Einbringung eines Antrages zu diesem Thema. Seines Erachtens stünde die Verwaltung hier in Verantwortung, sich auf die demografischen Veränderungen einzustellen und kreative Wegebeziehungen in der Stadt Halle zu schaffen.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung des Antrages.

**Beschlussvorschlag:**

1. Die Stadtverwaltung wird gebeten, bis zum 31.08.2012 ein Konzept zu erarbeiten, an welcher Stelle die Fußgänger in der Nähe des Opernhauses oder am Joliot-Curie-Platz gefahrlos die Fahrbahnen überqueren können. Dabei sind der Joliot-Curie-Platz, der Universitätsring und die August-Bebel-Straße in die Untersuchung einzubeziehen.
2. Hierbei sind die Fahrbahnbereiche im Fußgängerquerungsbereich so zu ertüchtigen, dass sie gefahrlos für ältere Menschen, die in den dort angesiedelten Seniorenresidenzen wohnen, als Weg in die Innenstadt bzw. zur Straßenbahn - auch mit Rollstühlen und Gehhilfen (Rollatoren) - benutzt werden können. Dazu ist ein eventuell notwendiger Austausch des Pflastermaterials durch gut begeh- und befahrbares Material und Absenkungen des Bordsteins zur Gewährleistung der Barrierefreiheit der Straße zu berücksichtigen.
3. Der Stadtrat wird in seiner Sitzung im September 2012 über das Ergebnis informiert.

**Abstimmungsergebnis:**

**mehrheitlich abgelehnt**

**zu 7.7     Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE. und MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Verwendung von Erlösen aus einem Grundstücksverkauf für investive Maßnahmen an Schulen  
Vorlage: V/2012/10476**

---

**Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,** gab bekannt, dass der Antrag gegenstandslos sei, da im Rahmen des TOP 5.2

Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2012 sowie  
Beteiligungsbericht über das Jahr 2010  
Vorlage: V/2011/10306

dazu bereits ein Beschluss gefasst wurde.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

**Beschlussvorschlag:**

*Die Stadtverwaltung wird beauftragt, Einnahmeerlöse aus dem Verkauf des kommunalen Grundstücks der ehemaligen Diesterwegschule (Diesterwegstraße 37) in Höhe von 1.000.000 € für zusätzliche investive Maßnahmen an kommunalen Schulen der Stadt (z.B. Brandschutzmaßnahmen oder Maßnahmen des Förderprogramms STARK III) einzusetzen.*

**Abstimmungsergebnis:**

**erledigt  
durch Verwaltung übernommen**

### Anmerkung:

Im Rahmen der Haushaltsberatung wurde die Verfahrensweise zum oben genannten Antrag bereits bestätigt.

### **zu 7.8 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Zukunft des Thalia Theaters Halle Vorlage: V/2012/10612**

---

**Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, begründete die Einbringung des Antrages ihrer Fraktion. Im Gegensatz zur ablehnenden Stellungnahme der Verwaltung bezog sie sich dabei auf den § 7 (1) des Gesellschaftervertrages der Theater, Oper und Orchester GmbH. Danach können die Gesellschaftervertreter bei Maßnahmen, die über den gewöhnlichen Geschäftsbetrieb hinausgehen, Weisungen des Stadtrates entgegennehmen. Demzufolge wäre der Stadtrat berechtigt, sich inhaltlich damit auseinanderzusetzen.

Darüber hinaus wies **Frau Dr. Brock** darauf hin, dass der im Zusammenhang mit der Mittelkürzung zum Haushalt 2012 durch ihre Fraktion eingebrachte Vorschlag, 300.000 € aus dem Budget der Theater, Oper und Orchester GmbH zu nehmen, aufgrund vernünftiger Argumente abgelehnt wurde.

Ungeachtet dessen sei dennoch die Schließung der Spielstätte des Thalia Theaters in der Kardinal-Albrecht-Straße 6 weiter verfolgt und mit einer Tarifsteigerung begründet worden. Diese wäre nach Auffassung ihrer Fraktion aber bereits längerfristig absehbar gewesen.

Des Weiteren brachte **Frau Dr. Brock** zum Ausdruck, dass die Geschäftsführung der Theater, Oper und Orchester GmbH nicht kreativ genug sei, lang- und mittelfristige Entwicklungen nachhaltig zu planen, um nicht jedes Jahr über Schließungen von Spielstätten oder erhebliche Einschnitte in die Theater- und Orchesterlandschaft diskutieren zu müssen. Der Geschäftsführer habe bereits für die kommende Spielzeit ein planmäßiges Defizit in Höhe von 700.000 € angekündigt. Zudem laufen die Haustarifverträge im Sommer 2014 aus.

In Anbetracht dessen müsse zeitnah ein Konzept erarbeitet werden, welches langfristig den Erhalt der Einrichtungen der Theater, Oper und Orchester GmbH in der Stadt Halle sicherstelle und im Sinne der Transparenz öffentlich über Vorschläge und Alternativen diskutiert werden. Nach Vorlage des Wirtschaftsplanes der Theater, Oper und Orchester GmbH für 2012/2013 seien entsprechende Änderungen nicht mehr möglich.

Zudem entstünden entsprechend der Informationen im Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften der Stadt Halle im Falle einer Schließung der Spielstätte Folgekosten für die Stadt.

Aus vorgenannten Gründen bat **Frau Dr. Brock** um Zustimmung zum Antrag ihrer Fraktion und Unterstützung durch die Aufsichtsratsmitglieder, um die Theater- und Kulturlandschaft in der Stadt Halle langfristig sichern zu können.

**Frau Ewert, SPD-Fraktion**, wies darauf hin, dass allen Stadtratsmitgliedern mit der Beschlussfassung zur Gründung der Theater, Oper und Orchester GmbH bewusst war, dass die Entscheidungen in dem Unternehmen zu treffen seien.

Mit dem vorliegenden Antrag werde versucht, die Entscheidung des Aufsichtsrates im Stadtrat erneut zu diskutieren und rückgängig zu machen. Diese Verfahrensweise entspreche nicht den Regularien und werde bei anderen städtischen Unternehmen auch nicht angewandt.

In dem Zusammenhang machte **Frau Ewert** Herrn Paulsen als Oberbürgermeisterkandidaten darauf aufmerksam, dass ein Oberbürgermeister diese Regularien einzuhalten habe und nicht willkürlich bestimmte Themen der städtischen Unternehmen im Stadtrat beschlossen werden können.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** wies darauf hin, dass der Antrag hinsichtlich der vorgegebenen Beratungsfolge formell nicht korrekt sei. Der Stadtrat entscheide über die weitere Verfahrensweise mit dem Antrag. Aus diesem Grund könne der Antragsteller nicht von vornherein die weitere Beratungsfolge in den Fachausschüssen festlegen.

Infolge dessen bat **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN um eine Änderung dahin gehend.

**Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE.**, verwies den Antrag namens der Fraktion in den Kulturausschuss sowie in den Ausschuss für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften, um detailliert über die Rechtmäßigkeit der einzelnen Punkte diskutieren zu können.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** verwies den Antrag zudem in den Hauptausschuss, um dort die grundsätzlichen Punkte hinsichtlich der Entscheidungsbefugnis bei städtischen Unternehmen zu klären.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

### **Beschlussvorschlag:**

- 1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, dem Stadtrat mit Vorlage des Wirtschaftsplans der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle 2012/2013 für das Geschäftsjahr vom 01.08.2012 bis zum 31.07.2013 neben der Variante einer Schließung der Spielstätte des Thalia Theaters auch Alternativvorschläge für die Deckung von prognostizierten Mehrausgaben infolge von Tarifierhöhungen zur Beschlussfassung vorzulegen und dabei darzustellen, welche finanziellen und konzeptionellen Auswirkungen mit den einzelnen Varianten jeweils verbunden sind.*
- 2. Der Stadtrat weist die Oberbürgermeisterin als Vertreterin des Gesellschafters Stadt Halle (Saale) in der Gesellschafterversammlung der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle an, den Geschäftsführer des städtischen Unternehmens anzuweisen, bis zur Beschlussfassung des Stadtrates zum Wirtschaftsplan 2012/2013 keine vorbereitenden Maßnahmen zur Schließung der Spielstätte des Thalia Theaters, Kardinal-Albrecht-Straße 6, durchzuführen.*
- 3. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, für die Theater, Oper und Orchester GmbH Halle Entwicklungsszenarien für den Zeitraum bis zum Jahr 2017 sowie deren künstlerische, organisatorische und finanzielle Konsequenzen prüfen zu lassen und dem Stadtrat die Handlungsoptionen bis zum Juli 2012 vorzulegen.*

**Abstimmungsergebnis:**

**verwiesen**

durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion DIE LINKE. in den  
**Kulturausschuss,**  
**Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften**

durch Geschäftsordnungsantrag der Oberbürgermeisterin in den  
**Hauptausschuss**

**zu 7.9 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Prüfung der Aufwertung der Saaleufer**  
**Vorlage: V/2012/10617**

---

**Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,** fragte bezogen auf die Stellungnahme, ob die Verwaltung dem Antrag zustimmen könne, wenn der ursprüngliche Beschlusstext ohne Terminsetzung zur Abstimmung stünde.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** erklärte, dass sie den ursprünglichen Beschlusstext für unproblematisch erachte, um diesen in das Verfahren zur Erstellung des Leitbildes für die Saale und den umliegenden Raum im Stadtgebiet einbeziehen zu können. Sie bat Herrn Beigeordneten Stäglin um weitere Erläuterung.

**Herr Stäglin, Beigeordneter für Planen und Bauen,** schloss sich den Ausführungen der Oberbürgermeisterin an. Im Vorfeld bereits einzelne Maßnahmen festzulegen, ohne ein Leitbild erstellt zu haben, wäre nicht nachhaltig und nicht zweckmäßig.

**Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,** begründete die Änderung im Antrag ihrer Fraktion hinsichtlich der Terminsetzung. Damit sollten im Vorfeld einige Maßnahmen geprüft werden, inwieweit diese dann tatsächlich durchsetzbar wären. Dies könne auch unabhängig von dem Beschluss erfolgen.

Aufgrund der Aussagen der Oberbürgermeisterin und Herrn Beigeordneten Stäglin gab **Frau Dr. Brock** bekannt, dass der Antrag ihrer Fraktion in den ursprünglichen Beschlusstext geändert werde:

„Die Stadtverwaltung wird beauftragt, im Rahmen der angekündigten Erstellung eines Leitbilds für die Saale und den umliegenden Raum im Stadtgebiet Maßnahmen zur Steigerung der Aufenthaltsqualität dafür besonders geeigneter Uferbereiche zu prüfen und dem Stadtrat im Rahmen des Leitbilds vorzulegen.“

**Herr Bönisch, CDU-Fraktion,** brachte zum Ausdruck, dass entsprechend der Aussage der Verwaltung die Maßnahmen zur Aufwertung der Aufenthaltsqualität besonders geeigneter Uferbereiche ohnehin aus dem Leitbild entwickelt werden. Demzufolge sei der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN überflüssig und sollte durch den Antragsteller zurückgezogen werden.

**Herr Sieber, Fraktion DIE LINKE.,** stimmte den Ausführungen von Herrn Bönisch zu. Das Leitbild soll bis Ende dieses Jahres erarbeitet werden. Insofern sei eine Beschlussfassung dazu unnötig.

Weiterhin merkte **Herr Sieber** an, dass er den vorliegenden Antrag ursprünglich so verstanden habe, dass vor Fertigstellung des Leitbildes über die Grundrichtung dieses in den zuständigen Fachausschüssen beraten werde. Er gehe davon aus, dass nach Erarbeitung des Leitbildes für die Stadträte kaum Möglichkeiten bestünden, darauf Einfluss zu nehmen.

Aufgrund dessen verwies **Herr Sieber** den Antrag namens der Fraktion in den Ausschuss für Planungsangelegenheiten.

**Herr Kley, FDP-Fraktion**, schloss sich eingangs grundsätzlich den Ausführungen von Herrn Bönisch an.

Darüber hinaus erinnerte **Herr Kley** an ein Konzept der Stadt Halle für den Wettbewerb „Stadt am Fluss“. Darin seien solche Maßnahmen bereits geprüft und könnten seines Erachtens für das Leitbild verwendet werden. Die damals aufgeführten Maßnahmen wurden aber aufgrund des Baus des Mitteldeutschen Multimediazentrums (MMZ) direkt an der Saale verworfen. Bis dahin bestand die Festlegung, die Saale freizuhalten.

**Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, konnte die Ausführungen von Herrn Kley in keinsten Weise nachvollziehen. Mit dem Antrag soll grundsätzlich die Aufenthaltsqualität an der Saale auf verschiedene Art verbessert und dabei ein bestimmter Bereich besonders betrachtet werden.

In dem Zusammenhang erinnerte **Herr Paulsen** an eine Zusage der Verwaltung zum Semesterticket zur Bezuschussung für Ummeldungen. Die Verwaltung habe in der letzten Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften ausgeführt, dass dies nun nicht mehr möglich wäre. Aus diesem Grund sei ein Beschluss zum vorliegenden Antrag zweckmäßig.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

#### **Beschlussvorschlag:**

*Die Stadtverwaltung wird beauftragt, im Rahmen der angekündigten Erstellung eines Leitbilds für die Saale und den umliegenden Raum im Stadtgebiet Maßnahmen zur Steigerung der Aufenthaltsqualität dafür besonders geeigneter Uferbereiche zu prüfen und dem Stadtrat im Rahmen des Leitbilds vorzulegen.*

**Abstimmungsergebnis:** **verwiesen**  
durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion DIE LINKE. in den  
**Ausschuss für Planungsangelegenheiten**

---

#### **Anmerkung:**

Der geänderte Beschlussvorschlag lautete:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, im **Vorfeld** ~~Rahmen~~ der angekündigten Erstellung eines Leitbilds für die Saale und den umliegenden Raum im Stadtgebiet Maßnahmen zur Steigerung der Aufenthaltsqualität dafür besonders geeigneter Uferbereiche zu prüfen und dem Stadtrat **das Ergebnis dieser Prüfung bis zur Ratssitzung am 18.07.2012 im Rahmen des Leitbilds** vorzulegen.

**zu 7.10 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Schulentwicklungsplanung für das Schuljahr 2012/2013**  
**Vorlage: V/2012/10613**

---

**Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, erläuterte die Gründe für die Einbringung des Antrages seiner Fraktion. Nach Beschlussfassung des Stadtrates zur Schulentwicklungsplanung für das Schuljahr 2012/2013 habe die Oberbürgermeisterin hinsichtlich der Beschlusslage zur Förderschule am Jägerplatz gegen die mehrheitliche Entscheidung des Stadtrates Widerspruch eingelegt.

Mit dem vorliegenden Antrag soll die Verfahrensweise nach der Entscheidung der Kommunalaufsicht zum Widerspruch der Oberbürgermeisterin geregelt werden. Seines Erachtens werde nach Vorliegen des Bescheides der Stadtrat aufgrund der 21-tägigen Frist zur Einbringung von Anträgen sowie des Verweisungsrechtes keine Möglichkeit haben, rechtzeitig einen Beschluss über mögliche Rechtsmittel zu fassen.

In Anbetracht dessen sollte die Stadtverwaltung fristwährend Rechtsmittel einlegen und danach dem Stadtrat eine entsprechende Beschlussvorlage vorlegen. Seitens des Stadtrates bestünde dann immer noch die Möglichkeit, die eingelegten Rechtsmittel zurückzuziehen.

Bezogen auf die Stellungnahme der Verwaltung erklärte **Herr Paulsen**, dass diese nicht weitgehend genug sei. Die Verwaltung werde zwar den Stadtrat unverzüglich über die Entscheidung der Kommunalaufsicht informieren, dies könne aber dennoch dazu führen, dass bis zu einem entsprechenden Stadtratsbeschluss Rechtsmittelfristen nicht eingehalten werden können.

Darüber hinaus bat **Herr Paulsen** die Verwaltung ausdrücklich, den vorliegenden Antrag bei Zustimmung ernst zu nehmen und das Verfahren nicht zu verzögern sowie zum gegebenen Zeitpunkt fristwährend Rechtsmittel einzulegen.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** brachte zum Ausdruck, dass die Verwaltung die Entscheidungen des Stadtrates immer achte. Sofern ein Stadtratsbeschluss aber nicht rechtskonform sei, müsse und werde sie dagegen Widerspruch einlegen.

Hinsichtlich des vorliegenden Antrages erklärte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados**, dass der letzte Satz des Beschlussvorschlages:

„... Sollte eine Entscheidung des Stadtrates nicht rechtzeitig eingeholt werden können, sind fristwährend entsprechende Rechtsmittel einzulegen.“

nachvollziehbar sei.

Allerdings könne sie entgegen des ersten Satzes des Beschlussvorschlages nicht verpflichtet werden, eine Beschlussvorlage über die mögliche Einlegung von Rechtsmitteln gegen ihren Widerspruch vorzulegen.

Infolge dessen bat **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, ihren Antrag entsprechend zu korrigieren. Anderenfalls müsse sie bei Zustimmung zum Antrag gegen diesen Beschluss Widerspruch einlegen. Die Einlegung möglicher Rechtsmittel obliege dem Stadtrat und könne über die Einbringung eines Antrages diskutiert werden.

**Herr Schachtschneider, CDU-Fraktion**, teilte mit, dass er den Antrag nicht nachvollziehen könne. Danach sollen Rechtsmittel auch eingelegt werden, wenn die Kommunalaufsicht die Entscheidung des Stadtrates unterstütze. Zudem habe die Verwaltung zugesagt, unverzüglich den Stadtrat nach Vorliegen über die Entscheidung der Kommunalaufsicht zu informieren. Insofern müsse dies nicht separat durch einen Antrag beschlossen werden.

**Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE.**, gab bekannt, dass er den Antrag nachvollziehen könne und die dort vorgeschlagene Verfahrensweise korrekt sei. Seines Erachtens sollte nach Vorliegen der Entscheidung der Kommunalaufsicht fristwährend Rechtsmittel eingebracht und danach durch die Verwaltung eine entsprechende Vorlage in den Stadtrat eingebracht werden. Danach obliege es dem Stadtrat, den eingelegten Rechtsmitteln zuzustimmen oder diese zurückzuziehen.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** verwies auf ihre vorhergehenden Ausführungen. Sie könne nicht beauftragt werden, gegen ihren eingereichten Widerspruch Rechtsmittel einzulegen. Damit würde sie ihrem Widerspruch widersprechen. Insofern müsse dies über die Einbringung eines Antrages erfolgen.

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, gab bekannt, dass der Beschlussvorschlag durch den Antragsteller wie folgt geändert wurde:

„Die Stadtverwaltung wird beauftragt, unverzüglich nach Vorliegen der Entscheidung der Kommunalaufsichtsbehörde über den Widerspruch der Oberbürgermeisterin vom 02. März 2012 zur Beschlussfassung des Stadtrates zur Vorlage „Feststellung der Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2009/10 bis 2013/14 für das Schuljahr 2012/13“; Vorlage V/2011/09930 (hier: Beschränkung des Widerspruchs auf Ablehnung der Schließung Förderschule Jägerplatz) fristwährend entsprechende Rechtsmittel einzulegen.“

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** machte deutlich, dass sie dennoch die Ablehnung des Antrages empfehle.

**Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, konnte die Aussage der Oberbürgermeisterin nicht nachvollziehen, da der Antrag entsprechend ihrer Bitte geändert wurde.

Hinsichtlich der Ausführungen von Herrn Schachtschneider erklärte **Herr Paulsen**, dass es unabhängig von der Entscheidung der Kommunalaufsicht vorerst notwendig sei, fristwährend Rechtsmittel einzulegen. Danach habe der Stadtrat die Möglichkeit, über die weitere Verfahrensweise zur Einlegung der Rechtsmittel zu entscheiden. Anderenfalls würden gegebenenfalls Rechtsmittelfristen nicht eingehalten werden können.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung des Antrages.

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich zugestimmt**

**Beschluss (in geänderter Form):**

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, unverzüglich nach Vorliegen der Entscheidung der Kommunalaufsichtsbehörde über den Widerspruch der Oberbürgermeisterin vom 02. März 2012 zur Beschlussfassung des Stadtrates zur Vorlage „Feststellung der Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2009/10 bis 2013/14 für das Schuljahr 2012/13“; Vorlage V/2011/09930 (hier: Beschränkung des Widerspruchs auf Ablehnung der Schließung Förderschule Jägerplatz) fristwährend entsprechende Rechtsmittel einzulegen.

---

**Anmerkung:**

Der ursprüngliche Beschlussvorschlag lautete:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, dem Stadtrat unverzüglich nach Vorliegen der Entscheidung der Kommunalaufsichtsbehörde über den Widerspruch der Oberbürgermeisterin vom 02. März 2012 zur Beschlussfassung des Stadtrates zur Vorlage „Feststellung der Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung der Stadt Halle(Saale) für die Schuljahre 2009/10 bis 2013/14 für das Schuljahr 2012/13“; Vorlage V/2011/09930 (hier: Beschränkung des Widerspruchs auf Ablehnung der Schließung Förderschule Jägerplatz) eine Beschlussvorlage über die mögliche Einlegung von Rechtsmitteln vorzulegen. Sollte eine Entscheidung des Stadtrates nicht rechtzeitig eingeholt werden können, sind fristwährend entsprechende Rechtsmittel einzulegen.

**zu 7.11    Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Sanierung von Schulen und Kindertageseinrichtungen über das Förderprogramm STARK III  
Vorlage: V/2012/10614**

---

**Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, bat um Zustimmung zum Antrag seiner Fraktion. Dieser resultiere aus der Stadtratssitzung am 28. März 2012, in der es Irritationen gab, wer über die Einreichung von Maßnahmen der energetischen Sanierung von städtischen Schulen und Kindertageseinrichtungen im Rahmen des Förderprogramms STARK III entscheide. Zudem bedankte er sich bei der Verwaltung für die positive Stellungnahme.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung des Antrages.

**Abstimmungsergebnis:                    mehrheitlich zugestimmt**

### **Beschluss:**

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, vor Entscheidungen über die Einreichung von Maßnahmen der energetischen Sanierung von städtischen Schulen und Kindertageseinrichtungen im Rahmen des Förderprogramms STARK III für die Förderphasen ab 2014 jeweils eine Beschlussfassung des Stadtrates zu den prioritären Projekten einzuholen.

**zu 7.12 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Öffentlichkeitsarbeit für Leistungen des Bildungspaketes**  
**Vorlage: V/2012/10616**

---

Es gab keine Wortmeldungen.

### **Beschlussvorschlag:**

*Die Stadtverwaltung wird beauftragt, verstärkte Öffentlichkeitsarbeit im Bereich der Leistungen zur Bildung und Teilhabe für Kinder und Jugendliche zu leisten und dem Stadtrat einen entsprechenden Vorschlag bis zum Stadtrat im September 2012 vorzulegen. Ziel ist es, die Inanspruchnahme der gewährten Leistungen (Ausflüge und Klassenfahrten, Schulbedarf, Schülerbeförderung, Lernförderung, Mittagsverpflegung, Ferienfreizeiten sowie insbesondere die Beiträge für kulturelle und sportliche Aktivitäten) weiter zu erhöhen.*

**Abstimmungsergebnis:**                      **mehrheitlich abgelehnt**

**zu 7.13 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Nutzung von Freitischen**  
**Vorlage: V/2012/10615**

---

**Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM**, verwies den Antrag aufgrund der Stellungnahme der Verwaltung namens der Fraktion in den Bildungsausschuss, Jugendhilfeausschuss sowie in den Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** verwies den Antrag zudem in den Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

### **Beschlussvorschlag:**

*Die Stadtverwaltung wird beauftragt:*

1. *alle notwendigen Schritte einzuleiten, damit an den kommunalen Schulen der Stadt Halle sog. Freitische gem. § 72 a SchulG LSA eingerichtet und genutzt werden können,*

2. sicherzustellen, dass die Öffentlichkeit über die Möglichkeit einer Nutzung von Freizeitanlagen gem. § 72 a SchulG LSA informiert wird,
3. eine Verwaltungsrichtlinie zu erarbeiten, die einen einheitlichen Umgang mit der Prüfung von Anträgen auf Zurverfügungstellung eines Freizeitanalges ermöglicht; insbesondere wann ein „besonderer Fall“ im Sinne des § 72 a S. 3 SchulG LSA vorliegt.

**Abstimmungsergebnis:** **verwiesen**

durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM in den  
**Bildungsausschuss,  
Jugendhilfeausschuss,  
Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss**

durch Geschäftsordnungsantrag der Oberbürgermeisterin in den  
**Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften**

**zu 7.14 Dringlichkeitsantrag der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Be-  
setzung des Beirates des Jobcenters Halle (Saale)  
Vorlage: V/2012/10664**

---

Es gab keine Wortmeldungen.

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich zugestimmt**

**Beschluss:**

1. Der Stadtrat beschließt die Entsendung von Stadtrat Dr. Detlef Wend in den Beirat des Jobcenter Halle (Saale).
2. Die Oberbürgermeisterin als gesetzliche Vertreterin der Stadt Halle (Saale) wird ermächtigt, alle zur beschlussgemäßen Umsetzung notwendigen Erklärungen abzugeben und Maßnahmen einzuleiten.

**zu 7.15 Dringlichkeitsantrag der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Um-  
besetzung im Betriebsausschuss Eigenbetrieb für Arbeitsförderung  
Vorlage: V/2012/10666**

---

Es gab keine Wortmeldungen.

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich zugestimmt**

**Beschluss:**

**Der Stadtrat entsendet Herrn Stadtrat Gottfried Koehn in den Betriebsausschuss des Eigenbetriebs für Arbeitsförderung.**

**zu 8        schriftliche Anfragen von Stadträten**

**zu 8.1     Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU) zur Kontrolle von Festsetzungen in Bebauungsplänen  
Vorlage: V/2012/10592**

---

**Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.**

**zu 8.2     Anfrage des Stadtrates Martin Bauersfeld (CDU) zur Verkehrssituation am Franckeplatz  
Vorlage: V/2012/10604**

---

**Herr Bauersfeld, CDU-Fraktion,** erklärte, dass die Antwort der Verwaltung nicht ausreichend sei, da lediglich eine Stunde zur Verkehrssituation am Franckeplatz analysiert wurde. Aufgrund dessen bat er um eine weitere Zuarbeit sowie eine entsprechende Übersicht.

**Herr Stäglin, Beigeordneter für Planen und Bauen,** wies darauf hin, dass eine Betrachtung von 24 Stunden schwierig sei, da es sich hierbei um eine Momentaufnahme handele. In Anbetracht dessen schlug er vor, die Daten für zwei alternative Tage für den Zeitraum von 15:00 bis 16:00 Uhr sowie 06:00 bis 07:00 Uhr zur Verfügung zu stellen.

**Herr Bauersfeld, CDU-Fraktion,** stimmte dem zu.

---

**Die Antwort der Verwaltung wurde mit Anmerkungen zur Kenntnis genommen.**

---

**Herr Bönisch, CDU-Fraktion,** bat Herrn Bartl darum, darauf zu achten, dass während der Stadtratssitzung das Essen im Sitzungssaal zu unterlassen sei und verwies auf Herrn Dr. Wend.

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates,** bat Herrn Dr. Wend, das Essen während der Stadtratssitzung im Sitzungssaal zu unterlassen.

**zu 8.3     Anfrage der CDU-Fraktion zum Durchgangsverkehr in Ammendorf  
Vorlage: V/2012/10370**

---

**Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.**

**zu 8.4     Anfrage der CDU-Stadtratsfraktion zur Grundschule Di-  
emitz/Freiimfelde  
Vorlage: V/2012/10605**

---

**Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.**

**zu 8.5     Anfrage des Stadtrates Dr. Mohamed Yousif (Fraktion DIE LINKE.) zu  
Migranten/innen in der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: V/2012/10520**

---

**Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.**

**zu 8.6     Anfragen der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zu Erfah-  
rungen und Erkenntnissen bei der Umsetzung des Bildungs- und  
Teilhabepaketes  
Vorlage: V/2012/10597**

---

**Die Anfrage wurde auf die Stadtratssitzung im Mai 2012 vertagt.**

**zu 8.7     Anfrage der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zum ver-  
netzten Arbeitsbereich Energiemanagement  
Vorlage: V/2012/10599**

---

**Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.**

**zu 8.8     Anfrage der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zu Woh-  
nungsverkäufen der bundeseigenen ostdeutschen Immobiliengesell-  
schaft TLG  
Vorlage: V/2012/10598**

---

**Die Anfrage wurde auf die Stadtratssitzung im Mai 2012 vertagt.**

**zu 8.9 Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion zum Baumbestand sowie zur Bilanz von Baumfällungen und Baumpflanzungen im Stadtgebiet**  
**Vorlage: V/2012/10595**

---

**Herr Krause, SPD-Fraktion**, erklärte sich mit der Antwort der Verwaltung zu den Fragen 1 und 2 einverstanden.

Hinsichtlich der Antwort auf Frage 3 machte **Herr Krause** darauf aufmerksam, dass er es für problematisch erachte, dass für den kommunalen Baumbestand einschließlich des Straßenbaumbestandes kein langfristiger Pflegeplan existiere. Aus diesem Grund werde seine Fraktion dies weiterhin thematisieren.

In Bezug auf die Antwort zum letzten Punkt fragte **Herr Krause**, ob die Verwaltung einen Zeitplan festgelegt habe, wann und in welchem Umfang die Arbeiten in Halle-Neustadt beginnen sollen.

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, wies darauf hin, dass seitens der Verwaltung dazu eine schriftliche Beantwortung erfolge.

---

**Die Antwort der Verwaltung wurde mit Anmerkungen und Nachfragen zur Kenntnis genommen.**

**zu 8.10 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur barrierefreien Gestaltung des öffentlichen Raumes**  
**Vorlage: V/2012/10611**

---

**Die Anfrage wurde auf die Stadtratssitzung im Mai 2012 vertagt.**

**zu 8.12 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Radwegen an Landesstraßen und Bundesstraßen im Stadtgebiet der Stadt Halle**  
**Vorlage: V/2012/10606**

---

**Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.**

**zu 8.13 Anfrage des Stadtrats Oliver Paulsen (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zu elektronisch verstärkter Musik in der Innenstadt**  
**Vorlage: V/2012/10607**

---

**Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.**

**zu 8.14** Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Zustand des halleschen Wasserleitungsnetzes  
Vorlage: V/2012/10531

---

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 8.15** Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu mehrsprachigen Informationsangeboten der Stadtverwaltung  
Vorlage: V/2012/10525

---

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 8.16** Anfrage der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zum Einsatz von Open Source Software in der Stadtverwaltung Halle (Saale)  
Vorlage: V/2012/10608

---

Die Anfrage wurde auf die Stadtratssitzung im Mai 2012 vertagt.

**zu 8.17** Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zu den Auswirkungen der Entwicklung des Logistikzentrums Großkugel auf die Hafen Halle GmbH  
Vorlage: V/2012/10610

---

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

## **zu 9**      **Mitteilungen**

---

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** erinnerte daran, dass die österreichische Partnerstadt Linz sich vor 25 Jahren zur Friedensstadt erklärt habe und teilte dazu mit, dass diese Erklärung hinsichtlich der lokalen Verantwortung im globalen Kontext, wie soziale Gerechtigkeit, ökonomische Nachhaltigkeit, Integration usw., erweitert wurde.

Die Erklärung haben die Fraktionen zur Kenntnis erhalten, um diese Sichtweise aufgreifen und auswerten zu können.

---

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** informierte über die gestrige 6. Sitzung zum Strategiedialog Halle 2025 mit dem Ziel, Schwerpunkte bei der Stadtentwicklung zu setzen. Hierbei wurden die Akteure der Bewerbung zur „Stadt der Wissenschaft 2012“ in den Teilnehmerkreis einbezogen, wie z. B. die Martin-Luther-Universität, Leopoldina, Industrie- und Handelskammer, Franckesche Stiftungen, um weitere Impulse hinsichtlich der Schwerpunktsetzung aufnehmen zu können.

Im Ergebnis dessen liege ein Vorschlag mit der Überschrift „Vernetzte Vielfalt, Wissenschaft als kreativer Motor der Stadtentwicklung“ verbunden mit einem räumlichen Leitbild vor. Dies werde dem Stadtrat in den kommenden Monaten zur Beschlussfassung vorgelegt. Damit wäre eine Grundlage für zukünftige Entscheidungen gegeben.

Abschließend bedankte sich **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** ausdrücklich bei den Stadtratsfraktionen sowie all denen, die sich in den Strategiedialog eingebracht haben.

Es gab keine weiteren Mitteilungen.

## **zu 10 mündliche Anfragen von Stadträten**

---

**Herr Krause, SPD-Fraktion**, fragte hinsichtlich der durch das Land offensichtlich beabsichtigten Teilprivatisierung der Kliniken nach dem Standpunkt der Verwaltung und ob Handlungsmöglichkeiten seitens der Verwaltung bestünden, Einfluss zu nehmen.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** antwortete, dass für die Verwaltung kaum Möglichkeiten bestünden und die Stadt nur im Falle der Gefährdung der Versorgungssicherheit im stationären Bereich Einfluss nehmen könne. Der Stadtrat könne lediglich über eine Resolution eine Interessensbekundung abgeben.

---

**Herr Dr. Bartsch, Fraktion DIE LINKE.**, erinnerte an eine Einwohnerfrage aus der Stadtratssitzung im November 2011 hinsichtlich der Gedenktafel für Stadtverordnete von SPD und KPD, welche im Kampf gegen den Faschismus zwischen 1933 und 1945 ihr Leben lassen mussten. Die Oberbürgermeisterin habe damals zugesagt, nach der Gedenktafel zu recherchieren und anschließend darüber mit den Stadträten in den entsprechenden Gremien zu beraten.

**Herr Dr. Bartsch** machte darauf aufmerksam, dass sich die Gedenktafel derzeit im Stadtmuseum befinde und auf der Denkmalliste der Stadt Halle stünde. Insofern könne die Gedenktafel seines Erachtens zeitnah im Stadthaus wieder angebracht werden.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** brachte zum Ausdruck, dass es allein Entscheidung des Stadtrates sei, ob und wo Gedenktafeln angebracht werden. Es stünde jedem Stadtrat und jeder Fraktion frei, einen entsprechenden Antrag einzubringen.

Weiterhin machte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** darauf aufmerksam, dass eine Aufnahme auf die Denkmalliste lediglich bedeute, dass die Gedenktafel nicht zerstört werde; eine erneute Anbringung dieser sei damit nicht zwangsläufig verbunden.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** sagte zu, sich nach dem aktuellen Sachstand nochmals zu erkundigen.

---

**Herr Sieber, Fraktion DIE LINKE.**, bezog sich auf den TOP 3.1

Betriebsführung Schwimmhalle im Sportkomplex Robert-Koch-Straße  
Vorlage: V/2012/10503

im nichtöffentlichen Teil der Sitzung. Der dazu eingebrachte Änderungsantrag der FDP-Fraktion beziehe sich mit der vorgeschlagenen Einbindung des Breitensports im § 1 des Vertrages allerdings auf einen öffentlich zu diskutierenden Bereich.

Aufgrund dessen fragte **Herr Sieber** nach der Verfahrensweise mit diesem und möglicherweise zukünftigen Änderungsanträgen.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** erklärte, dass sich Änderungsanträge immer auf eine konkrete Vorlage beziehen und aus diesem Grund nur mit dieser zusammen beraten werden können. Eine getrennte Beratung des Änderungsantrages im öffentlichen Teil und der Vorlage im nichtöffentlichen Teil sei nicht möglich.

Unabhängig davon hätte im öffentlichen Teil der Sitzung unter TOP 7 - Anträge von Fraktionen und Stadträten ein entsprechender Antrag eingebracht werden können. Bei Zustimmung wäre dieser in die Vorlage der Verwaltung übernommen worden.

---

**Herr Knöchel, Fraktion DIE LINKE.**, wies darauf hin, dass die Stadtverwaltung bisher auf die Erhebung von Sondernutzungs- und Standgebühren für Wohngebiets- oder Stadtteilstände verzichtet habe. In diesem Jahr erfolgte dahin gehend eine Änderung und die Verwaltung beabsichtige, für das Halle-Neustadt-Fest Gebühren zu erheben, welche die Durchführung des Festes gefährden könne.

Demzufolge fragte **Herr Knöchel** nach Möglichkeiten, weiterhin keine Sondernutzungsgebühren zu erheben, um auch das bürgerschaftliche Engagement zu würdigen und die Arbeit der Vereine anzuerkennen. In der Vergangenheit habe die Stadt z. B. auch bei Straßensperren unterstützt.

Darüber hinaus machte **Herr Knöchel** darauf aufmerksam, dass die Stadtverwaltung für einen Informationsstand einer politischen Partei ebenfalls Stand- und Sondernutzungsgebühren erhebe, z. B. 130 € für einen zweistündigen Stand. Dies wäre mit dem Auftrag der Parteien aus dem Grundgesetz nicht zu vereinbaren. Danach werde politischen Parteien ein Meinungsbildungsauftrag zugewiesen. Dies beinhalte u. a. auch, an Informationsständen außerhalb von Wahlkämpfen über politische Angebote zu informieren.

Für die Parteien bestünde die Möglichkeit, anstatt eines Informationsstandes eine Kundgebung oder öffentliche Versammlung anzumelden. Dies wäre allerdings mit deutlich höheren Kosten für die Stadtverwaltung verbunden.

Infolge dessen fragte **Herr Knöchel**, ob in Anlehnung an das Grundgesetz auf eine solche Gebühr verzichtet werden könne.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** stimmte den Ausführungen von Herrn Knöchel ausdrücklich zu und brachte zum Ausdruck, dass insbesondere bürgerschaftliches Engagement gewürdigt und nicht durch hohe Kosten belastet werden sollte.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** sagte eine Prüfung zu, inwieweit hinsichtlich der beiden Sachverhalte auf Grundlage der vom Stadtrat beschlossenen Sondernutzungssatzung eine Ermäßigung erfolgen oder eine Gebührenerhebung gänzlich entfallen könne.

---

**Herr Misch, CDU-Fraktion**, äußerte sich im Zusammenhang mit der im Ratshof ausgestellten Galerie der Ehrenbürger der Stadt Halle zu einer möglichen Ausstellung der ehemaligen Oberbürgermeister der Stadt Halle mit folgenden Fragen an die Oberbürgermeisterin:

Könnten Sie sich vorstellen, die Galerie der Ehrenbürger um eine Galerie der demokratisch legitimierten ehemaligen Oberbürgermeister der Stadt Halle zu ergänzen?

Wenn ja, würde die Stadtverwaltung eine Vorlage dazu einbringen?

Sehen Sie die Einbringung einer Vorlage für notwendig an?

Oder erwarten Sie die Einbringung eines Antrages aus dem Stadtrat?

Die Wortwahl „demokratisch legitimierte Oberbürgermeister“ sollte seines Erachtens gewählt werden, um eine Diskussion zur Personenauswahl, wie z. B. beim Antrag „Aufstellung einer Gedenktafel, die an die Bürgerinnen und Bürger erinnert, die die Stadt Halle (Saale) in den Apriltagen des Jahres 1945 vor der Zerstörung bewahrt haben“, zu vermeiden.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** machte deutlich, dass es sich hierbei ausschließlich um eine politische Entscheidung handele. Die Verwaltung werde dazu keine Vorlage einbringen.

---

**Herr Dieringer, CDU-Fraktion**, erklärte, dass in der Liebenauer Straße stadteinwärts zwischen den Hausnummern 58 und 62 während der Zeit der Straßenreinigung kein Halteverbot bestünde. Dennoch werden die Anwohner an den Straßenreinigungsgebühren beteiligt.

Demzufolge äußerte sich **Herr Dieringer** mit folgenden Fragen:

Ist von der Verwaltung vorgesehen, ein solches Halteverbot während der Zeit der Straßenreinigung einzuführen?

Ist es rechtlich statthaft, dass die Anwohner an den Straßenreinigungsgebühren beteiligt werden, obwohl diese Leistung, bedingt durch parkende PKW, nicht möglich ist?

Wenn ja, aus welcher Gesetzesgrundlage resultiert dies?

**Herr Stäglin, Beigeordneter für Planen und Bauen**, sagte eine schriftliche Beantwortung zu. Gleichzeitig merkte er an, dass dazu eine Abstimmung mit den Stadtwerken erforderlich sei.

Hinsichtlich der zweiten Frage antwortete **Herr Beigeordneter Stäglin**, dass entsprechend der Straßenreinigungsgebührensatzung der Stadt Halle bei der Behinderung der Straßenreinigung durch parkende Fahrzeuge kein Anspruch auf Ermäßigung oder Erlass der Gebühren bestünde. Nach der aktuellen Rechtsprechung sei eine Gebührenminderung nicht gerechtfertigt, wenn z. B. weiterhin mehr als 50 % der Fahrbahnränder gereinigt werden können.

---

**Herr Busse, CDU-Fraktion**, fragte, ob und wann der Paternosteraufzug im Ratshof wieder in Betrieb genommen werde.

Des Weiteren fragte **Herr Busse**, inwieweit die zerstörte Dachfläche zur Abdeckung des Paternosteraufzuges im Ratshof wieder hergestellt sei.

Bezugnehmend auf die erste Frage erklärte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados**, dass die Verwaltung mit dem Gewerbeaufsichtsamt dahin gehend mehrfach Gespräche geführt habe. Allerdings wären die aufwendigen Sicherungsmaßnahmen in Höhe von ca. 500.000 €, wie z. B. Aufstellung von Drehkreuzen und Einrichtung der sofortigen Abschaltung des Aufzuges, aufgrund der städtischen Haushaltssituation nicht leistbar. Aus diesem Grund sei davon auszugehen, dass der Paternosteraufzug nicht wieder in Betrieb genommen werden könne, was sie persönlich sehr bedaure.

Unabhängig davon bestünde auch weiterhin die Möglichkeit, den Personenaufzug am Haupteingang und Hintereingang des Ratshofes zu nutzen.

Hinsichtlich der zweiten Frage sagte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** eine schriftliche Beantwortung zu.

---

**Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM**, bezog sich auf die Anfrage von Herrn Knöchel zur Erhebung von Sondernutzungs- und Standgebühren für Wohngebiets- oder Stadtteilstellen. Sie wies darauf hin, dass der Stadtrat Mitte der 90er Jahre einen Beschluss gefasst habe, für derartige Veranstaltungen keine Gebühren zu erheben.

Aufgrund dessen fragte **Frau Wolff**, ob dieser Stadtratsbeschluss aufgehoben werden müsse oder durch eine andere Satzung zwangsläufig gegenstandslos sei.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** machte deutlich, dass eine Satzung vorrangig anzuwenden sei und demzufolge der damalige Beschluss nicht aufgehoben werden müsse. Zudem verwies sie auf ihre Ausführungen zur Anfrage von Herrn Knöchel, dass die Verwaltung prüfen werde, inwieweit eine Ermäßigung erfolgen oder eine Gebührenerhebung gänzlich entfallen könne.

Es gab keine weiteren mündlichen Anfragen.

## zu 11      **Anregungen**

---

Es gab keine Anregungen.

## zu 12     **Anträge auf Akteneinsicht**

---

Es lagen keine Anträge auf Akteneinsicht vor.

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, beendete die 32. öffentliche Sitzung des Stadtrates.

---

Harald Bartl  
Vorsitzender des Stadtrates

---

Dagmar Szabados  
Oberbürgermeisterin

---

Anja Schneider  
stellv. Protokollführerin